

GGG

Journal

Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

Heft 1/2012



PRAXISNAHE KOMMUNIKATIONS-KOMPETENZ

Ausbildung mit Studienberechtigung für alle

fordern Joachim Lohmann und Friedemann Stooß in ihrem Beitrag und stellen fest: Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland wird verharmlost, das Übergangssystem schöneredet und die duale Berufsausbildung glorifiziert.

Seite 3 ff

Berufsorientierung in Zeiten des Wandels

Es mangelt an einer realistischen Orientierung auf dem Arbeitsmarkt wie auch an der erforderlichen mentalen und kompetenzorientierten Vorbereitung auf zukünftige biografische Herausforderungen, konstatiert Ursula Helmke in ihrem Beitrag.

Seite 6 ff

Serie Organisationskizzen - Heinz-Brandt-Schule

Im 14. Beitrag der Serie skizzieren Miriam Pech und Lothar Sack die Heinz-Brandt-Schule Berlin-Weißensee, ehemals Hauptschule, seit 2010 Integrierte Sekundarschule. Sie erhielt den Preis der Akademie beim Deutschen Schulpreis 2011.

Seite 9 ff

Elternseite und Elternglosse

Es gibt uns, die Eltern in der GGG, und die GGG ist uns wichtig, schreibt Karen Medrow, frisch gewähltes „Elternmitglied“ im Bundesvorstand, auf der „Elternseite“, die samt „Elternglosse“ im Journal ab sofort einen festen Platz hat.

Seite 13

INHALT

Thema

Statt Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung mit Studienberechtigung für alle Berufsorientierung in Zeiten des Wandels 3

Serie

Organisationsskizze Heinz-Brandt-Schule Berlin 4

Eltern-Seite

Eltern in der GGG 13
Klopstock und Hölderlin – die Elternglosse 13

Aus den Ländern

GGG-Intern

Bericht aus dem Hauptausschuss 18
Termine / Jubiläen 19

Kommentar

20

IMPRESSUM

GGG-Journal – Heft 1/2012 vom 01. März 2012
ISSN 1868-4963

35. (43.) Jahrgang

Redaktion: Ursula Helmke, Dr. Christa Lohmann, Wolfgang Vogel (Koordination), Dr. Michael Hüttenberger (v.i.S.d.P.)
Hauptstraße 8, 26427 Stededorf

Vertrieb: GGG-Bundesgeschäftsstelle,
Hauptstr. 8, 26427 Stededorf,
Telefon: 04971/94668-0
E-Mail: geschaeftsstelle@ggg-bund.de
Web: www.ggg-bund.de

Das GGG-Journal erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis beträgt jährlich € 17,- (einschließlich Versand). Der Einzelpreis des Heftes von € 5,- ist für GGG-Mitglieder im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 4.000 Exemplare

Druck: Druckwerkstatt Kollektiv GmbH
Layoutentwurf: Christa Gramm
Umbruch/Herstellung: Waso Koulis
Korrektorat: Armin Steigenberger
Illustration: Ingrid Freihold
Fotos: Wolfgang Vogel

Die nächste Ausgabe erscheint am: 01.06.2012
Redaktionsschluss: 20.04.2012

... vorab bemerkt

Liebe Freundinnen und Freunde der GGG,

laut Top-Benimmexperten sind gute Wünsche fürs neue Jahr nach dem 15. Januar nur noch in Ausnahmefällen sinnvoll und am besten mit einem erklärenden Zusatz zu versehen: „Das neue Jahr ist zwar schon drei Wochen alt, aber für gute Wünsche ist es sicher noch nicht zu spät!“ Ende Januar sind Neujahrswünsche dann gänzlich unangebracht, sagen die Benimmspezialisten, also werde ich mir das in diesen ersten Vorab-Bemerkungen des Jahres 2012 verkneifen, zumal es, wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, diese Ausgabe des GGG-Journals in den Händen halten, meteorologisch gesehen schon wieder Frühling ist.

Ob es sich auch schon nach Frühling anfühlen wird, bezweifle ich beim Schreiben dieser Zeilen angesichts zweistelliger Minusgrade, schneebedeckter Felder und blassblauem ostfriesischen Winterhimmel.

Was wird uns 2012 bringen? Wer weiß, vielleicht hat ja der Frosch im Wulffspelz sein prächtiges Märchenschloss inzwischen verlassen (müssen) und ist in sein hässliches Backstein-des-Anstoßes-Haus zurückgezogen. Ist, trotz aller nachgewiesenen Vorteils(an)nahmen, nicht statt der Tatsache dass, viel mehr die Frage wofür die Familie Wulff einen günstigen Kredit aufgenommen hat zu stellen? Man kann selbst als Top-Benimmexperte nachvollziehen, warum Wulff lieber günstig „bellevue“ wohnen bleiben möchte, erst recht jetzt, wo er seinen nächsten Jamaika-Urlaub wohl selbst bezahlen muss.

Schon zurückgekehrt aus Jamaika ist man im Saarland, und wir dürfen uns auf eine zusätzliche Wahl in 2012 freuen. Die neue rot-schwarze oder schwarz-rote Machtkonstellation wird voraussichtlich über eine Verfassungsmehrheit verfügen und wir dürfen gespannt sein, wie sich das auf die Bildungspolitik im westlichsten Bundesland und gleichzeitig ältesten Beitrittsgebiet auswirkt.

Weniger klar sind die Aussichten im hohen Norden: Gravierende Änderungen in der Bildungspolitik sind dort eher nicht in Sichtweite, wie auch dem ausführlichen schleswig-holsteinischen Länderbericht zu entnehmen ist.

Auch die weiteren Länderberichte in diesem ersten 2012er-Journal sind ausführlich gehalten, ergänzt durch Kurzberichte aus dem Hauptausschuss.

Und es tut sich was bei den Eltern in der GGG: Es gibt sie noch, schreibt Karen Medrow, frisch gewähltes „Elternmitglied“ im Bundesvorstand, auf der „Elternseite“, die samt „Elternglosse“ im Journal ab sofort einen festen Platz haben wird.

Den hat auch, bereits zum 14. Mal, die Serie Organisationsskizzen, diesmal mit dem schon angekündigten Bericht über die Heinz-Brandt-Schule Berlin-Weißensee. Schwerpunktthema dieses Journals ist die Berufliche Bildung mit den Beiträgen von Joachim Lohmann/Friedemann Stooß und Ursula Helmke

Wie schon (fast?) gewohnt, ist dieser Journal-Ausgabe die Zeitschrift *Eine Welt in der Schule* beigelegt und wiederum steht die gesamte Journalausgabe auf unserer Webseite www.ggg-bund.de zum Downloaden bereit.

Und sicherlich wird kein noch so renommierter Benimmexperte irgendetwas dagegen haben, wenn ich Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, jetzt schon eine angenehme Journallektüre und einen wohltemperierten Frühling wünsche.

Ihr



Michael Hüttenberger



JOACHIM LOHMANN UND FRIEDEMANN STOOSS

Statt Jugendarbeitslosigkeit – Ausbildung mit Studienberechtigung für alle

Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland wird verharmlost, das Übergangssystem schöneredet und die duale Berufsausbildung glorifiziert. Wir brauchen stattdessen eine qualifizierte Ausbildung für alle, die auch zum anschließenden Studium berechtigt.

Jugendarbeitslosigkeit – Deutschlands Vorbildlichkeit ist eine Schimäre

Die Bundesregierung und die Wirtschaft rühmen die duale Berufsausbildung; sie stelle sicher, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland sehr gering und ein Vorbild für andere Staaten sei.

Die zumeist verwendete Quote ist im Staatenvergleich irreführend. Sie bezieht die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen auf die gleichaltrigen Erwerbspersonen. Zu diesen zählen auch die *dual* – nicht aber die *schulisch* – Auszubildenden. Die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland wird damit verharmlost. Statistisch sauber ist der OECD-Vergleich, der die Erwerbslosenquote auf die gleichaltrige Bevölkerung bezieht. Dann belegt Deutschland bei der Jugenderwerbslosigkeit der 15- bis 29-Jährigen nur einen mittleren Platz (Platz 14 von 31 Staaten). Bei den 15- bis 20-Jährigen sieht es besser aus, aber auch da liegt Deutschland nur knapp im oberen Drittel. Je älter Heranwachsende werden, desto kritischer wird es für sie. Bei der Quote der 25- bis 29-Jährigen hält Deutschland den Mittelplatz unter den OECD-Staaten. Das Schlimmste für junge Leute ist eine längere Erwerbslosigkeit. Hier schneidet Deutschland bei den 25- bis 29-Jährigen sehr schlecht ab: Bei einer Arbeitslosigkeit von mindestens sechs

Monaten haben zwei Drittel aller OECD-Staaten bessere Werte.¹ Längere Jugendarbeitslosigkeit ist in Deutschland nicht behoben, sie ist nur hinausgeschoben.

Die viergliedrige Sekundarstufe II vergeudet und polarisiert die Bildungschancen

Die Sekundarstufe II ist in vier Segmente gespalten. Ihre Übergangsauslese und geringe Durchlässigkeit ist vor allem für die Jugenderwerbslosigkeit verantwortlich. Die vier Segmente sind das Übergangssystem, die duale sowie die schulische Berufsausbildung und die Hochschulpropädeutik. Die Formen unterscheiden sich hinsichtlich der Eingangsvoraussetzungen, der Dauer, der Abschlüsse, der Berechtigungen und der Zukunftschancen. Die Selektivität der Sekundarstufe I wird in der Sekundarstufe II multipliziert und an deren Ende potenziert.

Das Übergangssystem – der Wartesaal der Sekundarstufe II

Das Übergangssystem ist seit 1995 deutlich ausgebaut worden. Grund ist ein unzureichendes Angebot an dualen Ausbildungsplätzen, das die Wirtschaft auf unzureichende Qualifikation der Schulabgänger/innen zurückführt. Die Wirtschaft verspricht mehr Ausbildungsplätze, sofern der Staat die Schulabgänger/innen besser qualifiziert. Das Übergangssystem ist einer der Gründe für die teilweise Verschiebung der Arbeitslosigkeit von den Jugendlichen zu den jungen Volljährigen. Unter dem Übergangssystem werden die Berufsvorbereitung, die Berufsbildung und die nur teilqualifizieren-

den Berufsfachschulen verstanden.² Von den Neuzugängen in das berufliche Ausbildungssystem beginnt nur knapp die Hälfte eine duale Berufsausbildung. Mehr als ein Drittel geht ins Übergangssystem. Trotz der geburtschwachen Jahrgänge geht der Anteil nur leicht zurück.³ In das Übergangssystem kommen keinesfalls nur Jugendliche ohne Hauptschulabschluss, sondern auch gut die Hälfte mit einem Hauptschulabschluss und mehr als ein Viertel mit mittlerem Abschluss. Das Übergangssystem sollte bei den Jugendlichen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbessern. Die Hoffnung trügt: nur ein Viertel aller Abgänger aus dem Übergangssystem erhält einen dualen Ausbildungsplatz.⁴ Doch dieser Erfolg hängt kaum vom Übergangssystem ab. Denn wer mit einem mittleren Abschluss das Übergangssystem abschließt, für den verbessert sich die Ausbildungschance selbst über einen höherwertigen Schulabschluss nicht gegenüber demjenigen, der das Übergangssystem abbricht. Für ihn ist das Übergangssystem ein Wartesaal. Wer höchstens mit einem Hauptschulabschluss das Übergangssystem erfolgreich besteht, erhöht seine Chancen nur dann,

- wenn er einen höherwertigen Schulabschluss erworben hat oder
- sich bei einer schulischen Ausbildung bewirbt.⁵

Das Übergangssystem ist damit weitgehend eine zeit- und ressourcenaufwendige Warteschleife. Es verhindert nicht, dass jährlich 150.000 Jugendliche ohne abgeschlossene Berufsausbildung bleiben. Ihre berufliche Zukunft ist äußerst kritisch. Von ihnen ist jeder sechste im Alter von 25 bis 64 Jahren erwerbslos, 50 % mehr als im OECD-Durchschnitt.

Die duale Berufsausbildung ist nicht mehr, was sie war

Das Dualsystem wird glorifiziert, seine Schwächen werden verkannt. Es bildet zu wenig und zu spät aus, zu viele Jugendliche scheitern, es werden wieder weniger Ausgebildete vom Lehrbetrieb übernommen und den Übergang zur Hochschule schaffen nur wenige:

Obwohl die Bewerberzahlen rückläufig sind, reichen die Ausbildungsplätze nicht für die Abgänger/innen aus der Schule und dem Übergangssystem.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen: Die Wirtschaft zieht immer stärker höherwertige Abschlüsse dem Hauptschulabschluss vor. Dieser ist nicht mehr der Hauptzubringer zum Dualsystem. Hauptschüler/innen überwiegen nur noch im unteren Segment der klassischen Handwerksberufe und konkurrieren selbst da mit den Realschulabsolvent/innen. In den mittleren Segmenten herrscht der mittlere Abschluss vor. Im oberen Segment mit den neu entstandenen kaufmännischen, den Büro-, IT- und technischen Berufen überwiegen die Abiturient/innen.⁶ Darüber hinaus beteiligen sich inzwischen 40.000 Unternehmen am dualen Studium. Selbst bei den Abgänger/innen aus dem Übergangssystem bevorzugt die Wirtschaft höherwertige Schulabschlüsse.⁷ Dies wird sich auch in Zukunft kaum ändern.⁸

Wegen dieser Präferenzen der Wirtschaft und wegen des vorgeschalteten Übergangssystems beginnt die Ausbildung verspätet. Die Anfänger/innen sind keine Jugendlichen mehr, es sind Erwachsene. Durchschnittlich beginnen sie ihre duale Berufsausbildung mit 19,8 Jahren. Nur noch 11 % fangen mit 15 und 16 Jahren an, gerade noch ein Viertel ist unter 18 Jahren, dagegen ist über ein Viertel bereits 21 Jahre alt und noch älter. Das Dualsystem gehört altersmäßig nicht mehr zur Sekundarstufe II, es ist eine postsekundäre Erwachsenenbildung.⁹

Obwohl die Wirtschaft auf höhere Schulabschlüsse setzt, werden mehr als ein Fünftel aller Ausbildungsverträge aufgelöst. Auch eine bestandene Prüfung sichert keine Weiterbeschäftigung mehr, die Übernahmequote sinkt wieder. Das Ausbildungsangebot ist nicht marktkonform, so dass über 40 % der Absolventen eine neue Arbeitsstelle suchen müssen. Auch langfristig ist die Beschäftigung unsicher. Jeder zwölfte männliche Erwerbstätige mit abgeschlossener dualer Berufsausbildung unter den 25- bis 64-Jährigen ist in Deutschland erwerbslos, um ein Viertel häufiger als in der OECD. Dies im

Gegensatz zu der Akademikererwerbslosigkeit, die in Deutschland deutlich unter dem OECD-Durchschnitt liegt.¹⁰

Die Ausgebildeten können sich zwar zu Meistern oder Technikern weiterbilden, den Hochschulzugang schaffen nur die wenigsten. Das Dualsystem ist weitestgehend vom übrigen Bildungssystem abgekoppelt.

Das Schulberufssystem in der Zange zwischen Dual- und dem Hochschulsystem

Im Schatten des Dualsystems liegt das Schulberufssystem. Es erreicht inzwischen fast 40 % und in den Neuen Ländern gut 50 % der Plätze des Dualsystems. Fast drei Viertel der Plätze bietet es in den Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsberufen an, die übrigen vor allem in den Assistentenberufen. Es war lange Zeit wie das Dualsystem von dem übrigen Bildungssystem abgekoppelt. In jüngster Zeit gelang es, dass deren Abschlüsse je nach Länderregelung den Hochschulzugang ermöglichen. Der Qualifikationsbedarf wurde neben den Assistentenberufen auch in den Erziehungs-, Sozial-, Gesundheitsberufen lange Zeit unterschätzt. Gerade hat die EU vorgeschlagen, deren Anerkennung vom Abitur und von dem Erwerb des Bachelors abhängig zu machen.¹¹ Trotz des hiesigen Widerstands werden diese Berufe wie schon in den meisten OECD-Staaten auch in Deutschland akademisiert werden. Das Schulberufssystem wird weitgehend in den Tertiärbereich aufsteigen.

Der gymnasiale Königsweg hat sein Monopol verloren

Scheinbar unbehelligt von den sonstigen Veränderungen der Sekundarstufe II scheint die gymnasiale Oberstufe zu sein. Doch auch sie hat ihre Funktion in dreifacher Hinsicht verändert:

Der Besuch der gymnasialen Oberstufe hat stark zugenommen.

Das Abitur dient verstärkt auch zum Einstieg in eine qualifizierte duale Berufsausbildung und in ein duales Studium.

Der Ausbau der gymnasialen Oberstufe hat weder dem stark steigendem Qualifikationsbedarf der Wirtschaft noch dem Bildungswillen der Eltern genügt. Sie hat Konkurrenz sowohl in der Allgemein- als auch in der Berufsbildung erhalten und das Monopol auf das Abitur verloren. In der Allgemeinbildung wurde das Gymnasium zunächst durch die Gesamtschulen und jetzt durch eine zweigliedrige Oberschullösung mit eigener gymnasiale Oberstufe herausgefordert. In der Berufsbildung wurden neue Schulformen gegründet – die Fachoberschulen und die berufliche Gymnasien. Inzwischen erwirbt fast die Hälfte eines Jahrganges die Studienberechtigung, davon fast 40 % über eine berufsbildende Schule.

Die Sekundarstufe II im europäischen Abseits

Wirtschaft und Politik bezeichnen die duale Berufsausbildung als internationales Vorbild und als Exportschlager. Tatsächlich hat kein europäischer Staat das Dualsystem in der deutschen Ausprägung übernommen, vielmehr stellt es eine Anomalie im internationalen Bildungsrecht dar. Es verbessert schulrechtlich nicht das Abschlussniveau, wird im Laufbahnrecht des öffentlichen Dienstes nicht als weiterführend anerkannt und berechtigt schon gar nicht zum Hochschulstudium. In der Schweiz und in Österreich dagegen ist das Dualsystem in das staatliche Bildungssystem integriert, und die Abschlüsse erschließen den Zugang zur Hochschule. Auch der Kernbereich des Schulberufssystems wird internationalen Standards nicht gerecht. Zwar stellt die EU mit der Berufsanerkennungsrichtlinie 2005/36/EG bei den Erziehungs-, Sozial- und Gesundheitsberufen die deutschen Zertifikate nur per Anhang gleich, zieht sie jetzt allerdings in Frage. Lange Zeit war Deutschland führend bei der Abschlussquote in der Sekundarstufe II. Inzwischen haben fast alle OECD-Staaten aufgeholt. Der Sekundarabschluss II wird zum Abschluss für alle. Deutschland liegt – selbst unter Einbezug der Abschlüsse des Dual- und Übergangssystems – mit 84 % nur ganz

knapp über dem OECD-Durchschnitt. Viele Staaten haben die schulische und duale Berufsausbildung aufgewertet. Sie wurde schulrechtlich der Allgemeinbildung gleichgestellt und vermittelt damit auch die Hochschulreife. Deutschland ist bei der Abiturientenquote zurückgeblieben: der OECD-Durchschnitt liegt deutlich höher, führende Staaten wie Finnland und Irland führen mehr als 90 % eines Jahrganges zum Abitur.¹² Manche europäische Nachbarn gehen noch weiter, indem sie eine einheitliche Sekundarstufe II geschaffen haben. Diese umfasst allgemeinbildende, vollzeitschulische und auch dual ausbildende Zweige mit einer Vielzahl berufsbezogener Profile, die alle auch die Hochschulreife vermitteln.

Qualifizierte Ausbildung für alle

Vordringliche Aufgabe der Sekundarstufe II ist es,

- eine qualifizierte Ausbildung für jeden zu gewährleisten und
- erheblich mehr Jugendliche zum Studium zu führen.

Das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung lässt sich verwirklichen. Dazu ist ein Bündel von sechs Maßnahmen erforderlich. Es sollte vorgesehen werden, dass

- jede/r Jugendliche die Sekundarstufe I mit einem Abschluss verlässt, denn ohne diesen hat sie/er so gut wie keine Chance auf Ausbildung und durchgängige Beschäftigung bis zum Rentenalter.
- ein einheitlicher mittlerer Abschluss an die Stelle der dreigestuften Abschlüsse der Sekundarstufe I tritt. Er wird zur Mindestbedingung für eine zukunftsorientierte Lehrstelle und für eine schulische Berufsausbildung werden.
- auch Schulen bzw. Träger in Ergänzung zur dualen Berufsausbildung in Kammerberufen ausbilden. Dies ist nach dem Berufsbildungsgesetz seit 2005 möglich, in Einzelfällen geschieht dies schon länger. Darüber hinaus ist die Ausbildungskapazität für die Erzieher-, Gesundheits-einschließlich der Pflegeberufe zu erhöhen, die weder den gegenwärtigen noch

den künftig stark steigenden Bedarf deckt. Die berufsqualifizierenden Berufsfachschulen sollten grundsätzlich für Hauptschulabgänger/innen – eventuell mit verlängerter Schulzeit – geöffnet werden. Für sie ist dies motivierender als zunächst die mittlere Reife nachzuholen.

- berufsqualifizierende Berufsfachschulen an die Stelle des Übergangssystems treten. Eine Variante ist das Berliner Modell. In ihm werden Jugendliche ohne oder mit schwachem Hauptschulabschluss in ein einjähriges Berufsvorbereitungsjahr aufgenommen. Erhalten sie danach keinen Ausbildungsplatz, legen sie nach zwei Jahren innerhalb der Berufsschule – mit praktischer Ausbildung in einem ausgeschriebenen Betrieb – eine Kammerabschlussprüfung ab. Deren Erfolgsquote beträgt 80 %.¹³
- die Hochschulpropädeutik weiter ausgebaut wird. Dies gilt umso mehr, wenn die Berufsfachschulen nicht stärker in den Kammerberufen ausbilden. Die gymnasiale Oberstufe sollte grundsätzlich für alle Schüler/innen mit mittlerer Reife geöffnet werden. Alle allgemeinbildenden Schulen sollten entweder eine eigene gymnasiale Oberstufe erhalten oder mit einer gymnasialen Oberstufe den problemlosen Übergang vertraglich regeln.
- die beruflichen Gymnasien – wie auch die Fachoberschulen ohne eine vorangehende Berufsausbildung – für alle Real-schulabsolvent/innen geöffnet werden. Sie sollten sich auch Hauptschüler/innen öffnen, eventuell mit einer Schulzeitverlängerung.

Recht auf qualifizierte Ausbildung ist finanzierbar

Mancher wird die vorgeschlagenen Maßnahmen für unfinanzierbar halten, doch sie sind es nicht. Volkswirtschaftlich verschwendet die gegenwärtige Sekundarstufe II finanzielle und personelle Ressourcen. Durchschnittlich beginnt fast jede/r Jugendliche zwei Ausbildungsgänge innerhalb der Sekundarstufe II. Deutschland

finanziert damit nahezu doppelt so viele Plätze im Sekundarbereich II, wie es die Jahrgangsstärke erfordert.¹⁴ Besonders das Übergangssystem ist zeitaufwendig und vergeudet Lebensarbeitszeit. Fehlende oder nicht marktgerechte Ausbildung belastet die Wirtschaftsentwicklung und gefährdet die Beschäftigung. Dagegen würde ein durchgesetztes Recht auf eine qualifizierte Ausbildung individuell wie volkswirtschaftlich Ressourcen einsparen helfen. Die Reform rechnet sich auch finanzwirtschaftlich. Die jetzige Sekundarstufe II erzwingt Doppel- und Dreifachbesuche, um auf eine Ausbildung vorzubereiten, eine Berufsausbildung abzuschließen und höherwertige Abschlüsse und Berechtigungen zu erwerben. Diese zeit- und ressourcenverschlingenden Umwege, diese Korrekturen der Ungleichheit, kosten jährlich Milliarden Euro. Für jeden Jugendlichen reicht ein qualifizierter Ausbildungsgang, der das Studium ermöglicht. Mit diesen Einsparungen ließe sich das Recht auf Ausbildung aller größtenteils finanzieren.

Studienberechtigung für alle

Wirtschaft und Gesellschaft brauchen jetzt und erst recht künftig viel mehr Hochqualifizierte, die auch der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit sind. Dazu ist die Berufsausbildung der Allgemeinbildung gleichzustellen, alle künstlichen Barrieren beim Hochschulzugang sind abzubauen. Deutschland kann sich keine Hürden bei der Studienzulassung mehr erlauben, will es besonders auch den Mangel in den MINT-Fächern abbauen: Auf besonderen Notenschnitt, Praxiszeiten und Mindestalter sollte verzichtet werden.

Die Sekundarstufe II wird berufs- und studienvorbereitend

Die Sekundarstufe II wird sich längerfristig erheblich verändern:

Die duale Berufsausbildung wird ihren quasi postsekundären Charakter kaum verlieren, sondern ihn eher durch verstärkte Aufnahme von Abiturient/innen steigern. Außerdem wird die Wirtschaft die Zahl der

dualen Studienplätze weiter deutlich erhöhen.

Ein großer Teil der schulischen Berufsausbildung wird in den tertiären Bereich abwandern.

Die hochschulpropädeutischen Studien werden weiter zunehmen, besonders durch die Überführung der Haupt- und Realschulen in mehreren Ländern zugunsten einer Oberschule mit gymnasialem Bildungsweg.

Die Sekundarstufe II wird damit zunehmend weniger eine Stufe einer abgeschlossenen Ausbildung, sondern eine Stufe der Berufs- und Studienvorbereitung werden. Die pädagogische Aufgabe wird sein, für die Sekundarstufe II Profile zu entwickeln, die zu einem anerkannten Sekundarabschluss nach internationalen Standards führen. Dabei sollte die Allgemeinbildung stärker praxis- und berufsbezogen und die berufsbezogenen Profile breiter und tiefer angelegt werden. Wahrscheinlich wird es auch in Deutschland zu einer gemeinsamen Sekundarstufe II mit gleichberechtigten allgemeinbildenden und berufsbezogenen Profilen kommen. ♦

Anmerkungen

- 1 OECD, *Bildung auf einen Blick*, 2011, S. 162 f.
- 2 Ausgenommen davon sind nur die Fachoberschulen und die beruflichen Gymnasien, die im Folgenden nicht zum Übergangssystem gezählt werden.
- 3 Autorengruppe *Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2010*, Bielefeld, Bertelsmann 2010, S. 96.
- 4 Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB), *Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2011*, Bonn 2011, S. 73 u. 157.
- 5 U. Beicht, *Verbesserung der Ausbildungschancen oder sinnlose Warteschleife?* BIBB-Report 11/09, S. 11.
- 6 Autorengruppe ..., Bielefeld 2008, Seite 109 ff.
- 7 *Nürnberger Nachrichten*, 09.12.11, S. 8.
- 8 P. Protsch, *Zugang zu Ausbildung*, WZB Discussion Paper, SP I 2011-502, Berlin 2011
- 9 Bundesinstitut, a. a. O., S. 149
- 10 OECD, a. a. O., S. 162 f.
- 11 *SZ*, 20.11.2011.
- 12 OECD, a. a. O., S. 65.
- 13 H. Hartmann, *Modulare duale qualifizierende Maßnahme als berufliche Vorbereitung und Ausbildung* in Berlin, Berlin 2006.
- 14 Bundesinstitut, a. a. O., S. 237 f.

URSULA HELMKE

Berufsorientierung in Zeiten des Wandels

Orientierungsprobleme der Heranwachsenden

Zum Start in das Jahr 2012 vermeldet die Bundesagentur für Arbeit die frohe Botschaft von gesunkener Arbeitslosigkeit in Deutschland. Überdies gebe es so viele freie Stellen wie nie, was allerdings auch der großen Zahl von Zeitarbeitsplätzen geschuldet sei, wodurch inzwischen jede dritte freie Stelle gekennzeichnet ist. In anspruchsvollen Berufen jedoch fehle es an qualifizierten Bewerber/innen. Und ebenfalls nicht zu besetzen seien viele Ausbildungsstellen – möglicherweise die Folge der vielfach beklagten mangelnden Ausbildungsreife bei den Schulabgänger/innen.

Im europäischen Kontext ist die deutsche Jugendarbeitslosigkeit mit ca. 10 % halb so hoch wie etwa in Frankreich und Polen, stellt ein Bericht der OECD¹ dar, der sich aus diesem Grund speziell der deutschen Berufsvorbereitung und -ausbildung gewidmet und sie genauer untersucht hat. Zunächst ergeht ein großes Lob über die vermeintlich gründliche Institutionalisierung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Bei genauerer Betrachtung aber geben „... die Ergebnisse von Hauptschülerinnen und -schülern ... Anlass zur Sorge“, denn ein großer Teil von ihnen verfüge letztlich dennoch nicht über eine solide Basis an Grundkompetenzen, um in das reale Erwerbsleben eintreten zu können. Abermals wird die frühe Auslese im deutschen Schulsystem moniert und ersatzweise die Möglichkeit zum späteren Aufholen von Bildungsabschlüssen angemahnt, wobei Kredite und Stipendien unterstützen könnten. Diese Kritik passt zu den Klagen vieler Arbeitgeber/innen über die mangelnde Ausbildungsreife, wengleich die wahrscheinlich komplexer als nur auf die Grundbildung bezogen verstanden wird.

Die Jugendorganisation der IG-Metall warnte 2010 in einer öffentlichen Stellungnahme: „Junge Beschäftigte müssen sich warm

anziehen“², dass allzu oft selbst nach erfolgreicher Lehre nur eine befristete Übernahme mit anschließender Entlassung drohe. Natürlich ist das Erstrebenswerte für viele ein sicherer, befriedigender Arbeitsplatz in einem zukunftssicheren Beruf – den es nur leider für alle längst nicht mehr gibt. Sie machen die Erfahrung von Verunsicherung, Ratlosigkeit, Arbeitslosigkeit und wünschen sich nicht selten, sie hätten einen anderen Weg ins Erwerbsleben eingeschlagen. In zahlreichen Fällen mangelt es offensichtlich an einer realistischen Orientierung auf den gegenwärtigen oder gar zukünftigen Arbeitsmarkt wie auch an der erforderlichen mentalen und kompetenzorientierten Vorbereitung auf zukünftige biografische Herausforderungen. Das heißt im Klartext: Ihre allgemeine oder/und individuelle Berufsorientierung ist nicht zufriedenstellend oder gar optimal verlaufen.

Von Berufen und Berufsbildern

Der alle zwei Jahre erscheinende Bericht *Bildung in Deutschland*³ einer Autorengruppe, die im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung bestimmte Indikatoren untersucht und bewertet, betont in der Ausgabe 2010, dass

- betriebliche Ausbildungsplätze sich weiterhin verringern, wenn auch nach Berufsfeldern unterschiedlich;
- trotz verstärkter Bemühungen der Bundesanstalt für Arbeit Eingliederungen von frisch Ausgebildeten oder bereits arbeitslosen Jugendlichen in den Arbeitsmarkt problematisch bleiben;
- die vorausgehende Bildungsbenachteiligung von Hauptschüler/innen und Migrant/innen weiterhin besteht und deren Anschlussfähigkeit an weiterentwickelte Arbeitsplätze gefährdet.

Denn eine besondere Dramatik entsteht durch die Kluft zwischen der weiterhin oft

evident unzureichenden Vorbildung von durch Herkunft oder Schulsystem benachteiligten Schüler/innen einerseits und dem technologie- und wissensbasierten Wandel der Arbeitsplätze durch u. a. Computerbearbeitung und digitale Maschinensteuerung oder Dokumentation. So haben zahlreiche herkömmliche, z. B. handwerkliche Berufe unter der Einwirkung von informationstechnologischen Medien ein sehr verändertes Gesicht bekommen, oder es sind völlig neue Berufe entstanden. Überdies sind vielfach soziale Bindungen innerhalb der Arbeitsgruppen, in welche die „Lehrlinge“ früher emotional eingebunden und stabilisiert sowie von einem gemeinsamen Berufsethos geprägt wurden, verloren gegangen und allenfalls durch gewerkschaftliche oder andere Berufsverbände ersetzt worden.

Andererseits werden Ausbildungsberufe der personenbezogenen Dienstleistung und Pflege signifikant geringer angewählt als vormals. Noch ist meines Wissens nicht aufgeklärt, ob eine zunehmende Individualisierung die Heranwachsenden von der dafür notwendigen Empathie abhält. Jedenfalls wartet hier ein sich dynamisch ausweitendes Berufsfeld dringend auf Interessenten – allerdings wären auch angemessenere Vergütungen zu verhandeln.

Auch die Biografien ändern sich

Unübersehbar wandeln sich mit der Veränderung der Arbeitswelt, der Berufe und deren Prägekraft auch die Biografien der beteiligten Menschen. Der rasche und weltumspannende Wandel in Politik und Wirtschaft greift bis in die Lebensgestaltung der einzelnen Menschen und Familien. Die relativ vorhersehbaren Episoden von Schulzeit, Ausbildung, Berufsausübung und Ruhestand vergangener Zeit weichen zunehmend einem unvorhersehbaren Wechsel von stabilen und instabilen Zeitperioden, der die Jugendlichen unmittelbar bei der Berufswahl beeinträchtigt, sie oft aber auch schon mittelbar durch die Unsicherheit der Eltern beeinflusst. War es früher nicht ungewöhnlich, der Berufsspur des Vaters oder

der Mutter zu folgen, so wird von dieser Tradition heute nicht selten abgeraten, und Eltern können nur empfehlen, etwas „ganz anderes“ anzustreben, weil die eigene Berufspraxis sich unbefriedigend entwickelt hat, durch Arbeitslosigkeit unterbrochen oder gar vorzeitig beendet wurde.

Diese Entwicklungen und möglichen Konstellationen erfahren Heranwachsende oft schon im Kindesalter. Und sie sollten sie früh erfahren, um nicht mit allen Unwägbarkeiten konfrontiert zu werden, wenn es für sie bereits dringlich geworden ist, ein eigenes Zukunftsbild zu entwerfen. Mit guten Gründen wird inzwischen dafür plädiert, schon in der Grundschule eine altersgemäße Orientierung über Lebensentwürfe und Berufsvorstellungen einzuleiten, die natürlich kindgemäß pädagogisch und didaktisch aufbereitet sein muss.

Berufsorientierung 2011 / 2012

Die gegenwärtige Praxis der Berufsorientierung in den Allgemeinbildenden Schulen der Bundesländer zeigt sich (in der Papierlage) vielgestaltig: unterschiedlich zeitlich, örtlich und curricular geordnet, hat mannigfache Akteure, erscheint manchmal anachronistisch, manchmal nachvollziehbar zeitgemäß reformiert – insgesamt unübersichtlich.

Eine Bestandsaufnahme der im Jahr 2009 geltenden Verordnungen zur Berufsorientierung an den Allgemeinbildenden Schulen in Deutschland und der öffentlich zugänglichen Konzepte ergibt zusammengefasst das folgende Bild⁴:

Der Berufsorientierung wird zunehmend Bedeutung und Zeit in den Inhalten und der Organisation vor allem der Sekundarstufe I eingeräumt.

Der Akzent verschiebt sich vom bisher eher theoretisch-orientierenden Unterricht auf ausgelagerte betriebliche Praxiserfahrung; von der Information über Berufe zur Begleitung des Berufswahlprozesses durch engere Kontakte zwischen Schule und Betrieben bis hin zu Kooperationsverbänden; durch

Ausweitung in jüngere Klassenstufen bis hinein in die Grundschule.

Wesentliche Impulse kommen verstärkt von der Bundesebene, der Agentur für Arbeit und dem Europäischen Sozialfond zur Förderung der sozialen Integration von benachteiligten Jugendlichen.

Trotz vielfältig verstärkter Aktivitäten bleibt die Berufsorientierung als *umfassende Bildungsaufgabe* nicht durchgängig erkennbar; und es bleibt unklar, wo die Zuständigkeit für die Regelung von Interessenskonflikten und die Sicherung der Schülerinteressen angesiedelt sind bzw. werden sollen.

Die Synopse moniert zusammenfassend, dass die Verortung und Ausgestaltung von „Berufsorientierung“ innerhalb der eminent wichtigen Sozialisation im Jugendalter bisher weder in der Begriffsbildung (Berufsorientierung) noch in der praktischen schulischen Ausgestaltung den Stellenwert bekommen haben, der dringend geboten ist. Die beteiligten Akteure müssten die biografische und soziale Perspektive der Jugendlichen mit der curricular-institutionellen der allgemeinbildenden Schule, die der Bundesagentur für Arbeit als staatliche Moderation des Arbeitsmarktes und die der Wirtschaft in ökonomischer und globaler Perspektive dringend untereinander besser vermitteln. Die Ansprüche aller vier Perspektiven sind gleichberechtigt zu gewichten, was Ausweitung, aber auch ggf. Beschränkung der eigenen Ansprüche und Vorstellungen bedeuten kann. Wichtig für die allgemeine Bildung und damit für die Schulen ist, die Jugendlichen kompetent auf die in vielen Facetten sich verändernde Zukunft vorzubereiten. Und das heißt heute: sich in unterschiedlichen Lebenssituationen orientieren zu können, sich auf Unübersichtlichkeit und Wechsel im Erwerbsleben flexibel einzustellen, alle Kompetenzen und Kreativität bestmöglich zu entfalten, sich durch Einschränkungen bis hin zur Arbeitslosigkeit nicht entmutigen zu lassen. Diese erweiterte Auftragslage sprengt den Rahmen eines bisherigen Schulfachs „Arbeitslehre“, inzwischen verstanden als „Berufsorientierung“ oder auch „Leben im Lichte des Berufs“ und müsste eher zu

einem integrierten Lernfeld „Lebens- und Arbeitsorientierung“ führen.

Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung

Die Gewerkschaft *Erziehung und Wissenschaft* hat im Dezember 2011 ein Arbeitspapier fertiggestellt, auf dessen Grundlage eine neue Orientierung auf diesem curricularen und pädagogischen Feld erarbeitet werden soll⁵. In der Präambel wird betont, wie wichtig für die soziale Kohärenz einer Gesellschaft die kompetente Teilhabe jedes/jeder Einzelnen am Erwerbsleben mit auskömmlichem Entgelt ist, auf deren Grundlage sich sowohl eine je individuell befriedigende Lebensgestaltung als auch das friedliche Zusammenleben der Menschen entfalten kann. Als staatliche Vorbereitung sollten dafür im Rahmen einer umfassenden Arbeitsweltorientierung, Berufsorientierung und (exemplarischen) Lebensplanung die Kenntnisse und individuellen Kompetenzen entwickelt werden können. Im Anhang werden vier Beispiele von Schulen skizziert, die sich auf dem Weg befinden, diese Ziele umzusetzen.

Als beispielhaft und gut praxistauglich erschien mir bei der Recherche zum Thema ein „biografisches Planspiel“, das vom DGB-Jugendbüro Baden-Württemberg entwickelt, eingesetzt und vertrieben wird: „Ready-Steady-Go“⁶. In diesem Spiel werden alle einzelnen Stationen eines fiktiven Bewerbungsverfahrens durch real Beteiligte an solchen Verfahren besetzt: Berufsberater/innen, Firmenleiter/innen, Ausbilder/innen und evtl. soziale Begleiter/innen. Sie verhalten sich rollengemäß authentisch im Spielprozess. Die Situation wird in einer früheren Jahrgangsstufe angesetzt, antizipiert aber die Schulabgangsklasse als Entscheidungszeitraum. Von allen Teilnehmer/innen wird ein „Wunschlebenslauf“ vorab entworfen, eigene Kompetenzen, Stärken und Schwächen benannt, Wünsche und Träume reflektiert und beschrieben. In der Vorbereitung werden Trainingseinheiten zu Vorstellungsgespräch, Bewerbungsschreiben und Lebenslauf absolviert und in der „Bewerbungsmappe“ mit den übrigen Unterlagen

bereitgehalten. Im Spielverlauf erhalten die Bewerber/innen an den einzelnen Stationen realitätsnahe Antworten, und in der Auswertung werden die ursprünglichen Wünsche mit der „fiktiven Realität“ und ihrem Ergebnis abgeglichen. Dem Planspiel wird guter Erfolg nachgesagt; es ist in Form einer CD käuflich zu erwerben. Es ist gut vorstellbar, dass der weitere Unterricht von höherer Motivation und Ernsthaftigkeit geprägt wird.

Ein gültiges Curriculum für ungewisse Zeiten?

Das beschriebene Planspiel ist wandlungsfähig, kann den sich ändernden Bedingungen – Chancen und Erschwernissen in zukünftigen Berufsrealitäten – angepasst werden, jedenfalls für die Abgangsklassen und deren möglichen Berufseinstieg. Es bleibt die Unsicherheit darüber, wie weit der einmal erlernte Beruf und die Anstellung in der Zukunft tragfähig bleiben – mit Änderungen muss individuell bzw. wirtschaftlich bedingt gerechnet werden.

Unbestritten sind die einmal erfolgreich absolvierte Bewerbung und die Eingewöhnung in ein geregeltes Arbeitsleben motivierend für vielleicht folgende notwendige Umorientierungen. Der erste erfolgreiche Prozess, eine gewünschte Arbeit bekommen zu haben, liefert also den Schlüssel für notwendige spätere Anstrengungen: Er enthält *Schlüsselqualifikationen*. Diese können in den erfahrenen Fähigkeiten von Selbstbewertung und -wirksamkeit, Zielstrebigkeit, planvollem Arbeiten, angemessener Selbstpräsentation wirksam bleiben.

Wie aber kann auf Zeiten ohne Erwerbsarbeit vorbereitet werden, die in kaum einer zukünftigen Biografie auszuschließen sind? Zur Vorbereitung auf das Erwachsenwerden in unserer Zeit werden – außer der verlässlichen Vermittlung von Basiskenntnissen – verstärkt Anregungen und Reflexionen gehören müssen, welche die soziale und kulturelle Gestaltung von „freier Zeit“ ohne begrenzende / strukturierende Terminplanung und lebenslang festen Berufsrahmen thematisieren und einüben. Dieses Aufgabenpaket kann nicht auf

ein Schulfach begrenzt werden, vielmehr sind Schulpädagogik und Schulleben in ihrer Gesamtheit berührt – und sie brauchen Partner im öffentlichen Raum. Es muss die Aufgabe von umfassenden Schulkonzepten werden, die Schulen zu öffnen, um Aufwuchsbedingungen und Lebensperspektiven vielfältig anzureichern und zu entfalten; Möglichkeiten, ja Notwendigkeiten zu sozialem Engagement sowie kulturelle Angebote gibt es zuhauf. Entscheidend wird sein, *alle* Kinder und Jugendlichen individuell und gemeinsam auf eine aktive Lebensgestaltung vorzubereiten und sie so zu stärken, dass sie bereit und fähig werden, selbst in und an der Gesellschaft mitzuwirken. ♦

Anmerkungen

- 1 Vgl. www.taz.de vom 07.09.2010
- 2 Vgl. www.igmetall.de vom 04.01.2010
- 3 Autorengruppe Bildungsberichterstattung: „Bildung in Deutschland 2010“
- 4 „Berufsorientierung an Allgemeinbildenden Schulen in Deutschland – eine Bestandsaufnahme“ von Dr. Beatrix Niemeyer und Christina Frey-Huppert, Hans-Böckler-Stiftung / unter www.boeckler.de
- 5 Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, fach- und personenübergreifendes KAFGA-Projekt „Lebensplanung, Arbeitswelt- und Berufsorientierung“, veröffentlicht 12.12.2011
- 6 Bestelladresse: DGB Jugendbüro Baden-Württemberg, Willi-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart; Telefon 0711/2028-260.

ISSN 1431-8067

GGG
Die Blaque Reihe
Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V. Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule

Selbst-ständig lernen

Zusammengestellt von
Andreas Baumgarten
Rainald Königs
Lothar Sack
Lars Westerhausen

Mit Material-CD

60

15,- EUR (10,- EUR für Mitglieder)
Zu beziehen über die Bundesgeschäftsstelle

SERIE

MIRIAM PECH UND LOTHAR SACK

Organisationskizze

Heinz-Brandt-Schule Berlin

Beschreibung der Schule

Adresse: Heinz-Brandt-Schule Berlin, Langhansstraße 120, 13086 Berlin (Weißensee), Telefon: 030/9251208, Fax: 030/9253132, Web: www.heinz-brandt-schule.cidsnet.de

E-Mail: heinz-brandt-oberschule.cids@t-online.de

Schulleiterin, Ansprechpartnerin:

Miriam Pech

Art: Staatliche Schule, Integrierte Sekundarschule (Jg. 7 bis 10), gebundener Ganztagsbetrieb

Lage, Gelände, Gebäude: Die Schule liegt im Ortsteil Weißensee des Bezirks Pankow. Die vier Gebäudeteile sind aneinander gebaut. Das älteste Gebäude stammt aus dem Jahr 1870, es beherbergt die Räume des Fachbereichs Arbeitslehre und Freizeiteinrichtungen, u. a. den Schülerclub mit Schüler-Café. Der neueste Gebäudeteil wurde 2011 in Betrieb genommen, er enthält u. a. Klassen- und Fachräume sowie eine Bibliothek. Hinzu kommt eine doppelstöckige Sporthalle. Im vierten Gebäudeteil befinden sich Klassenräume, Fachräume und die Schulleitung.

Größe, Aufbau: Schüler/innen ca. 290 (Jg. 7/8 4-zügig, Jg. 9/10 2-zügig), Lehrer/innen ca. 30 (einschl. Referendar/innen), Sozialpädagoge/innen 3, Teach First Deutschland Fellow, Praktikant/innen, Honorarkräfte (darunter viele Mitarbeiter/innen kooperierender Institutionen).

Geschichte: Die Schule war nach der Wende bis 1997/98 eine kombinierte Haupt- und Realschule, dann Hauptschule, die ihre Schulentwicklung intensiv betrieb. Sie wurde 2010 im Rahmen der Berliner

Schulreform Integrierte Sekundarschule und arbeitet seitdem im gebundenen Ganztagsbetrieb (ab 2008 teilgebunden). Die Schule wurde mehrfach mit verschiedensten Preisen ausgezeichnet, sie ist Preisträgerschule des Deutschen Schulpreises 2011 (Preis der Akademie).

Namenspatron: Heinz Brandt (1909 – 1986) war in der Hitlerzeit ein kommunistischer Widerstandskämpfer mit jüdischen Wurzeln. Er überlebte viele Jahre Gefängnis und auch das KZ Auschwitz. Nach dem Arbeiteraufstand 1953 verlor er seine Ämter in der DDR und floh 1958 in die Bundesrepublik. Kurz vor dem Mauerbau 1961 wurde er in die DDR entführt, dort zu einer Zuchthausstrafe verurteilt und nach zwei Jahren Bautzen und vielen Bemühungen schließlich in die Bundesrepublik entlassen. Dort arbeitete er bis zu seinem Ruhestand als Redakteur der Gewerkschaftszeitung *Metall*. Er gehörte zu den Friedensaktivisten und aktiven Gegnern der Kernenergie. Er erhielt die Carl-von-Ossietzky-Medaille und die Ehrendoktorwürde der Universität Osnabrück.

Schülerschaft: Das räumliche Einzugsgebiet ist die Umgebung der Schule sowie der Norden des Ortsteils Prenzlauer Berg. Die Schülerschaft kann (noch) nicht als repräsentativ für die Wohnbevölkerung angesehen werden, jedoch ist der Anteil leistungsschwächerer Schüler/innen seit der Umwandlung in eine Integrierte Sekundarschule zurückgegangen (Schüleraufnahme zuletzt ca. 2/3 Schüler/innen mit Realschulempfehlung, ca. 1/3 mit Hauptschulempfehlung, einige Schüler/innen mit Gymnasialempfehlung, 16 Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf).

Leitideen

„Die Heinz-Brandt-Schule ist ein Lernort, der durch das demokratische, respektvolle Umgehen von Jugendlichen und Erwachsenen miteinander geprägt wird, indem Jugendliche Kompetenzen erwerben, die sie in die Lage versetzen, sich auf Berufsleben und Lebensalltag vorzubereiten“ (aus der Fortschreibung des Schulprogramms).

Bausteine

Alle Abschlüsse: Alle Abschlüsse vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur (im Rahmen einer engen Kooperation mit der Marcel-Breuer-Schule, einem Oberstufenzentrum) können erworben werden.

Kleinere, möglichst selbstständige Einheiten; Team-Struktur: Jeder Jahrgang ist in der aufwachsenden Integrierten Sekundarschule organisiert in 4 Klassen. Jedem Jahrgang ist ein Lehrerteam zugeordnet.

Zusammenhängende Teamräume: Die Klassenräume jedes Jahrgangs sind räumlich zusammenhängend untergebracht.

Pädagogenteam: Das Lehrerteam eines Jahrgangs bilden alle Klassenlehrer/innen der jeweiligen Jahrgangsklassen, pro Klasse zwei (wenn möglich, eine Frau, ein Mann) einschließlich der im Jahrgang tätigen Sonder- und Sozialpädagogen. Das Team erarbeitet Lernbausteine für das Lernbüro, Projekte für den themenzentrierten Unterricht (TZU) und regelt die Vertretungen weitgehend dezentral. Das Lehrerteam berät wöchentlich.

Integration/Inklusion: Jede Klasse ist Integrationsklasse.

Lernen in Zusammenhängen: Die Fächer Physik, Chemie und Biologie sind zusammengefasst (NaWi), ebenso die Fächer Geschichte, Sozialkunde und Erdkunde (GeWi). Im Dualen Lernen werden Wirtschaft, Arbeit, Technik (WAT) und viele außerschulische Aktivitäten zusammengefasst.

(Leistungs-) Differenzierung: Die Leistungsdifferenzierung erfolgt lerngruppenintern sowohl im Lernbüro (Fächer Deutsch, Englisch, Mathematik) als auch im themenzentrierten Unterricht (naturwissen-

schaftliche, gesellschaftswissenschaftliche und musische Fächer).

Schüler- / Elternberatungsgespräche: Die Zeugnisse werden durch Schüler- / Elterngespräche ergänzt.

Kein Sitzenbleiben: Nach den rechtlichen Regelungen für die Integrierte Sekundarschule in Berlin gibt es kein Sitzenbleiben (seit 2010).

Tages-, Wochenstruktur, Ganztage: Nach einem offenen Anfang beginnt der Unterricht um 8.20 Uhr und endet an vier Tagen der Woche um 16.00 Uhr. An einem Nachmittag finden Arbeitsgemeinschaften statt, für die Lehrer/innen liegen hier die Teamzeiten. Der Freitagnachmittag ist schulfrei. Die Schule arbeitet mit Zeiteinheiten von 40 Min. (Block 1: 40 Min., Blöcke 2, 3, 4: 80 Min., Block 5: 40 Min.). Es gibt zwei einstündige Pausen (nach dem zweiten und dritten Unterrichtsblock) sowie zwei 10-minütige Pausen nach dem ersten und dem vierten Unterrichtsblock. Außer um 8.05 Uhr sowie zum Ende der Hofpausen gibt es kein weiteres Signal. Der Stundenplan ist mit wenigen Ausnahmen (z. B. Sport und WAT) nicht nach Unterrichtsfächern gegliedert, sondern nach Lernformen: In den 80-Min.-Blöcken finden überwiegend statt: das Lernbüro, der Themenzentrierte Unterricht (TZU) sowie der Wahlpflichtunterricht. In den 40-Min.-Blöcken liegen vorwiegend die Stammgruppenstunden und „Trainieren-Üben-Fördern-Fordern“ (TÜFF). Für die Sportstunden werden außer den 40- und 80-Min.-Blöcken auch die 60-Min.-Pausen genutzt.

Die erste große Pause ist „bewegte Pause“, die zweite große Pause ist das „Mittagsband“.

Bewegte Pause: Diese Pause dient dem Frühstück und dem Sport sowie anderen aktivierenden Angeboten.

Mittagsband: Hier besteht Gelegenheit, ein warmes Mittagessen einzunehmen. Darüber hinaus dient das Mittagsband der Erholung nach individuellen Bedürfnissen.

Stammgruppenstunden: Die in der Regel am Tagesanfang liegenden Stunden werden

für Planung und Auswertung von Lernvorhaben (individuell, für Gruppen, für die Klasse) genutzt, für Lernberatung auf der Grundlage des Logbuches und für den Klassenrat.

Lernbüro: Der Unterricht in Deutsch, Mathematik und Englisch findet täglich in Form des Lernbüros statt. Die Schüler/innen entscheiden selbst, wann sie sich mit welchem Fach beschäftigen. Sie werden hierbei von Fachlehrer/innen, Sonderpädagog/innen und Sozialpädagog/innen unterstützt. Der Lernprozess wird über das Lernbüro hinaus im Logbuch dokumentiert.

Logbuch: Jede/r Schüler/in hat ein Logbuch, in das jede/r einträgt, was in den Unterrichtsstunden geplant und was tatsächlich durchgeführt wurde. Es ist ein Instrument für die Dokumentation und Steuerung des individuellen Lernprozesses sowie für Rückmeldungen an alle am Lernprozess Beteiligten, insbesondere auch die Eltern. Es ist Grundlage für die Schüler- / Elternberatungsgespräche.

TZU (Themenzentrierter Unterricht): TZU verbindet die naturwissenschaftlichen, die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer zu übergreifenden Themen. Hier findet auch der musische Unterricht seinen Platz.

TÜFF (Trainieren-Üben-Fördern-Fordern): Im TÜFF werden nach individuellen Erfordernissen die Lerninhalte aus dem Lernbüro, dem TZU und dem Wahlpflicht-

bereich geübt, gefestigt und erweitert sowie Klassenarbeiten individuell vorbereitet.

Service Learning: In Jg. 7 ist ein Vormittag dem Service Learning vorbehalten. Die Schüler/innen übernehmen für ein Jahr eine gemeinnützige Arbeit im sozialen Umfeld der Schule (z. B. Mitarbeit in einer Kindertagesstätte, einem Seniorenheim).

Wahlpflichtbereich: In Jg. 7/8 umfasst der Wahlpflichtbereich 4 Stunden. Angeboten werden Spanisch (4-stündig) und NaWi-Experimente, Kochen, Holz- / Metallwerkstatt, Darstellendes Spiel, Computer, Schülerzeitung (je 2-stündig).

Wahlbereich (Arbeitsgemeinschaften): Als Arbeitsgemeinschaften werden angeboten: Reiten, Schwimmen, Streetdance, Graffiti, Töpfern, Schulband, Trommeln, Gitarre, Badminton, Basketball, Boxen, Fitness, Schach, Video- und Foto-AG.

Projekte: Projekte finden außer im themen- und projektbezogenen TZU in den 5 Projektwochen im Schuljahr statt. Sie werden in unterschiedlichen Gruppierungen (alle Schüler/innen, ein Jahrgang, eine Klasse, interessierte Schüler/innen, ...) durchgeführt. Es sind sowohl Projekte, die unterrichtsbezogen sind, als auch offene Projekte. Einige Projekte sind inhaltlich vorgegeben (z. B. Methodenwoche), die anderen frei wählbar. Zum großen Teil wurden sie durch den Schülerclub oder in Kooperation mit ihm geplant und organisiert. Bisherige Projekte: Zukunftswerkstatt (1999/2000),

Zeit		Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Beginn	Dauer	offener Anfang		Service Learning	offener Anfang	
08.20	40	Stammgruppe	Stammgruppe		Stammgruppe	Sport
09.00	10					
10.20	80	Lernbüro	TZU		TÜFF / Sport	Lernbüro
10.30	60	bewegte Pause Sport		Wegezeit	bewegte Pause Sport	Stammgruppe
11.30	80	WPU1	Lernbüro	Lernbüro	Lernbüro	TZU BK/MU
12.50	60	Mittagsband		Mittagsband Sport	Mittagsband	
13.50	80		WPU2	TZU	TZU	
15.10	10	AG				
15.20	40		TÜFF	TÜFF	Sport	
16.00	Ende					

Stundenplan Heinz-Brandt-Schule

Filmprojekt „Gewalt und Ausgrenzung“ (2000), Afrikaprojekt (2001), Fotoprojekt „Berlin-Mannheim“ (2001), Schülervertretungsseminare (2001 – 2004), Film- und Fotoprojekt „Initiationsrituale“ (2002), Theaterarbeit (2002), Schülerzeitung im Internet (2002 – 2003), Tanzprojekte mit den Berliner Philharmonikern und Sir Simon Rattle („Le Sacre du Printemps“, „Petruschka“, „Daphnis et Cloe“ 2002 – 2004), Peer Leader Arbeit (2002 – 2004), Berufsorientierungsprojekt „Wir ... hier und jetzt“ (2003), Trommelprojekt „Beats statt Schläge“ (2003), Teilnahme am Berliner Theater-Treffen („Stadtgeflüster“, 2003), Theater- und Trommelprojekt (2004), Theater- und Tanzprojekt (2004/2005), „Benimmkurs“ (2005), Fotoprojekt „Mein bester Freund“ (2005), Teilnahme am Berliner Theatertreffen („Der Kreidekreis“, 2005), Theaterprojekt mit dem Gripstheater (2005), Theaterprojekt „Der Schrei“ (2005), Projekt „Lebenswege“ (2006), Theater- und Tanzprojekt „Dancing – a chance for job“ (2006), Projekt „Lebenskultur“ (2007), Kochkurs „Woanders schmeckt es auch“ (2007/ 2008), Stadtführerprojekt – Jüdischer Friedhof Weißensee (seit 2007), Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz und Birkenau (2011), Spanienprojekt (2011), „Kulturagenten für kreative Schulen“ (ab 2011). Fast jedes der Projekte ist finanziell oder personell durch außerschulische Kooperationspartner gefördert worden.

Stadtführerprojekt – Jüdischer Friedhof Weißensee:

In der Nähe der Schule befindet sich der größte jüdische Friedhof Europas, auf dem viele aus dem kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben bekannte Menschen begraben sind, u. a. Samuel Fischer, Stefan Heym, Lina Morgenstern, Hermann Tietz, Berthold Kempinski. Das Projekt erstreckt sich über ca. zwei Jahre. Im ersten Jahr findet die inhaltliche Vorbereitung in drei Phasen statt: Tourismus in Berlin, Jüdische Kultur und Religion, Jüdischer Friedhof Weißensee. Die praktisch durchgeführten Führungen (jeweils mehr als 10) für Klassen und Jugendgruppen sind Phase 4. In Phase 5 geht es um die

Vermarktung der Führungen als Element des Berliner Stadttourismus. Kooperationspartner ist das Stadtführungsunternehmen „Wie sind Berlin gUG – Jugend, Bildung, Stadttourismus“. Das Projekt wird künftig im Wahlpflichtunterricht der Jahrgänge 8–10 durchgeführt.

Bibliothek: Als Bestandteil des Neubaus verfügt die Schule seit kurzem über eine eigene Bibliothek.

Schülerfahrten: Eine Klassenfahrt findet in jedem Jahrgang statt. Es gibt eine „Reiterfahrt“ (7. – 9. Jg.). Die Schülervertretung fährt regelmäßig zu einem ca. 3-tägigen Seminar. Es ist beabsichtigt, die Gedenkstättenfahrt zu einer regelmäßigen Einrichtung der Schule zu machen.

Berufsorientierung, Duales Lernen: Die Berufsorientierung findet als Duales Lernen statt (sich ergänzende Module in der Schule und mit außerschulischen Partnern):

- Jg. 7: Service Learning
- Jg. 8: Unterricht in Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT), 3-wöchiges „Schnupperpraktikum“, *Futour-Camp*
- Jg. 9: Vertiefte Berufsorientierung (4 Wochenstunden.), Berufsberatung, 3-wöchiges Betriebspraktikum, Praxistage in der Marcel-Breuer-Schule, Schülerfirmen, Schüler-Büro / Schülerberatern Schüler (PESA), Berufseinstiegsbegleitung, Praxisklassen.
- Jg. 10: Bewerbungcoaching, Berufsberatung, 3-wöchiges Betriebspraktikum, schuljahresbegleitendes Tagespraktikum, Stadtführerprojekt – Jüdischer Friedhof Weißensee.

Diese jahrgangsgebundenen Aktivitäten werden ergänzt durch jahrgangsübergreifende Angebote (Berufswahlpass, schulinterne Praktikumsbörse, Infoabende für Schüler/innen und Eltern, Betriebspartnerschaften, Benimm-Training, Bewerbungstraining, Erste-Hilfe-Kurs, Besuch BIZ / BO-Messen). Die Elemente dieses aus der Hauptschularbeit entstandenen Konzeptes werden schrittweise als verbindliche oder optionale Bausteine in die Arbeit der Integrierten Sekundarschule eingefügt.

(Betriebs-) Praktika: Jede/r Schüler/in nimmt an den Betriebspraktika teil: in Jg. 8 (3 Wochen Schnupperpraktikum), in Jg. 9 (3 Wochen), in Jg. 10 (3 Wochen, außerdem ein Tagespraktikum während des gesamten Schuljahres).

Beratung, Schulsozialarbeit: Es gibt eine besonders enge Zusammenarbeit mit der RAA-Berlin, den *Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie (RAA e.V.)* Die RAA-Berlin ist Kooperationspartner in folgenden Bereichen:

- Ganztagsbetreuung (u. a. AG-Angebote, Unterstützung und Organisation von Unterrichts- und Freizeit-Projekten sowie anderen schulischen Aktivitäten, Förderung benachteiligter Jugendlicher)
- vertiefte Berufsorientierung (u. a. Berufseinstiegsbegleitung, Praktikasuche und -begleitung, Unterstützung von Schülerfirmen und Praktikumsbörse, bei individuellen Prüfungsvorbereitungen und Bewerbungen)
- Kooperation in der Schulentwicklung (u. a. regelmäßige Teilnahme an Gesamt- und Schulkonferenzen, Mitarbeit am Schulprogramm, Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit, Supervision und Fortbildungen mit Lehrer/innen und Sozialpädagogen/innen)
- Demokratiepädagogik (u. a. Demokratieentwicklung im Alltag, Fortbildungen zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zum Rechtsextremismus, Unterstützung der Schülervertretung)
- Präventive sozialpädagogische Angebote (u. a. Beratung und Begleitung von Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern, sozialpädagogische Einzel- und Gruppenarbeit, Kooperation mit außerschulischen Stellen wie Präventionsbeauftragten der Polizei, Schulpsychologie, Jugendamt, Jugendgerichtshilfe, Psychiatrie)
- Elternarbeit (u. a. Hausbesuche, Elterntraining, Elterncafé)
- Diese Arbeit ist in drei Bereiche gegliedert: Schülerclub, Schulstation und Jugendsozialarbeit. Hierfür stehen insgesamt 6 Räume mit über 350 qm Fläche

zur Verfügung, die stark für die bewegte Pause und die Mittagsfreizeit genutzt werden.

Schülerclub: Der Schülerclub ist ein jahrgangsübergreifendes und offenes Angebot für die Schüler/innen und ihre Freunde in den Schulpausen, der Freizeit und in den Ferien. Zahlreiche schulische Projekte sind in Kooperation mit dem Schülerclub realisiert worden. Zum Schülerclub gehört auch ein Schülercafé.

Schulstation: Die Schulstation verbindet verschiedene Angebote der Jugendhilfe miteinander. Hier können Schüler/innen direkt Hilfe und Unterstützung in Konfliktsfällen erhalten (u. a. Einzel- und Gruppenberatung, Unterstützung schuldistanzierter Schüler/innen).

Schülerfirmen: Derzeit gibt es als Schülerfirmen Reitsport, das Stadtführerprojekt und „Just eat“, eine Cateringfirma.

Elterncafé: Einmal im Monat findet ab 17 Uhr in der Schulcafeteria das gut besuchte Elterncafé statt. Die Eltern informieren sich über die schulische Arbeit und beraten, in welcher Weise sie die schulische Arbeit unterstützen können.

Öffnung von Schule, Kooperationspartner: Die Schule arbeitet zusammen mit ca. 30 Institutionen vornehmlich aus dem So-

zialbereich (u. a. staatliche Stellen, freie Träger, Stiftungen, Museen) im Rahmen ihrer Unterrichtsarbeit, mit ca. 12 Betrieben und Institutionen im Rahmen der Berufsorientierung und -vorbereitung sowie mit etwa 5 Bildungseinrichtungen (Picasso-Grundschule, Marcel-Breuer-Schule (OSZ, Sek. II), OSZ Bürowirtschaft und Dienstleistungen, Musikschule Pankow, Alice-Salomon-Hochschule).

Schulkooperationen: Im Rahmen eines „Tridem“ arbeitet die Heinz-Brandt-Schule eng zusammen mit der Picasso-Grundschule (Übernahme von Schüler/innen) und der Marcel-Breuer-Schule (Berufsorientierung, Sek. II). Unter anderem finden gemeinsame Lehrerstudententage und gemeinsame Aktivitäten der Schülervertretungen statt. Diese Kooperation wird von der Stiftung Brandenburger Tor im Rahmen des Projektes „Schulen übernehmen Verantwortung“ gefördert. Außerdem besteht eine Kooperation mit der Tucholski- und der Wilhelm-von-Humboldt-Schule im Rahmen der „Kulturagenten“. Mit der Montessori-Gemeinschaftsschule (vorm. Nikolaus-August-Otto-Schule) aus Berlin-Lichterfelde besteht eine Zusammenarbeit der Schülervertretungen.

Gremien, Lernende Schule: Neben den meist üblichen Gremien *Schulkonferenz,*

Gesamtkonferenz, Fachkonferenzen und *Steuergruppe* gibt es die wöchentlichen Teamtreffen. Sie dienen der Teamarbeit und ihrer Weiterentwicklung. Jährlich finden zwei Studientage als Klausurtagungen statt. Sie dienen der Entwicklung auf schulischer Ebene und finden ihren Niederschlag in der Fortschreibung des Schulprogramms. Außerdem werden anlassbezogene Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der Kooperationspartner gebildet. Eltern- und Schülervertreter sind an den Diskussionen und Entscheidungen beteiligt. In einem Auditverfahren wurde das Thema Berufsorientierung evaluiert. Aktuelle Themen der Schulentwicklung sind: Wahlpflichtunterricht ab Jg. 9, Tagespraktikum für alle, TZU und Studienorientierung.

Kommentar

Für die Schule steht das Lernen in Zusammenhängen und in anwendungsbezogenen Kontexten im Vordergrund. Das kommt in den Lernformen des TZU und in den umfangreichen Kooperationsformen mit außerschulischen Partnern zu Ausdruck. Inhaltliche Schwerpunkte sind die Berufsvorbereitung sowie der musische Bereich, was die vielen Projekte in diesem Bereich zeigen. Dabei erhalten die Schüler/innen weitgehende Entscheidungsfreiheiten (z. B. auch beim Lernbüro in den Standardfächern und beim TÜFF). Der Erfolg der Arbeit kommt darin zu Ausdruck, dass fast kein/e Schüler/ in die Schule ohne Abschluss verlässt. Die Schule ist dabei, ihre in der Hauptschularbeit entstandenen erfolgreichen Bausteine auf die Arbeit als Integrierte Sekundarschule zu übertragen. In der kurzen Phase, die Schule als Integrierte Sekundarschule arbeitet, ist es ihr bereits gelungen, über ihre bisherige Schülerklientel hinaus Eltern und Schüler/innen für ihre Arbeit zu interessieren.

Quellen

Miriam Pech ist Schulleiterin der Heinz-Brandt-Schule. Ausführlicher informiert die Website www.heinz-brandt-schule.cidsnet.de.

Stand: November 2011 ♦



Entwurf neues Gebäude



ELTERN-SEITE

Eltern in der GGG

Es gibt uns, die Eltern in der GGG, und die GGG ist uns wichtig, weil sie

- die Schulform vertritt, die wir Eltern für unsere Kinder, ja für alle Kinder, für die beste halten,
- innovative Impulse in die Schulen hineinträgt und Schulen in Weiterentwicklungsprozessen mit Knowhow unterstützt,
- sich politisch immer in Richtung eine Schule für alle einmischt,

- uns ermöglicht, auf Tagungen und Workshops über den Tellerrand der eigenen Schule zu schauen,
- es ermöglicht, uns z. B. bei Bundeskongressen in Schulen hineinzuschauen, die Dinge können und praktizieren, die „unsere“ Schule noch nicht kann.

Wie aber können wir diese innovativen Ansätze in die Schule bringen, an der wir und unsere Kinder „leben“ und die wir unterstützen? Ein Ansatz kann sein, bzgl.

Mitbestimmung, Mitarbeit und politischer Einflussnahme mit am Ruder zu sitzen und mit allen an Schule Beteiligten auf Augenhöhe zu agieren. Denn die Schule für alle ist eine demokratische Schule, und nicht nur Lehrer/innen benötigen Unterstützung und Hilfsangebote, sondern auch wir Eltern.

Mit der Arbeitsgruppe 14 „Ich bin Eltern, ich kann ...“ werden wir in Zukunft sowohl bei der Bundesarbeitstagung als auch beim Bundeskongress eine ständige AG installieren, bei der es darum geht, Bewusstsein zu wecken, Kompetenzen zu erwerben und Perspektiven besonders für Eltern zu eröffnen, die Lust haben, sich noch mehr einzumischen und einzubringen.

KAREN MEDROW

KLOPSTOCK UND HÖLDERLIN – DIE ELTERNGLOSSE

Erna Klopstock, leidenschaftlich pragmatische und erfahrene Mutter zweier schulpflichtiger Kinder, und Julia Hölderlin, gerade Mutter geworden, der das alles noch bevorsteht, sind Nachbarinnen und treffen sich öfter auch mal zufällig.

So wie heute im Supermarkt.

Julia: Du noch so spät beim Einkaufen?

Erna: Was bleibt mir übrig? Der Große beim Fußball, die Kleine probt für's Schulfest, und ich komme gerade vom Elternsprechtag.

Julia: Ich hätte dir doch was mitbringen können!

Erna: Lass man gut sein, ist eigentlich Jans Job, aber der vergisst das ja mal gerne. Wenn der mir heute nach Hause kommt.

Julia: Gab's Ärger in der Schule?

Erna: Und wie, er macht keine Hausaufgaben, sagt die Lehrerin.

Julia: Warum?

Erna: Ja, das hab ich die Lehrerin auch gefragt, und die hat mich groß angeguckt und gesagt: Also, das müssen sie doch wissen. Wieso ich, hab ich gesagt, sie sind doch die Lehrerin. Sagt die Lehrerin: Jan sagt immer, er hätt's vergessen. Dann soll er sich's aufschreiben, sag ich, oder geben sie halt Hausaufgaben, die Spaß machen oder die er wenigstens kapiert, dann vergisst er's auch nicht. Oder besser gar keine, sag ich, der ist doch eh lange genug in der Schule.

Julia: Ja, aber Hausaufgaben sind doch wichtig.

Erna: Ja genau, und ich spiele dann die Hilfslehrerin. Ich soll ihn erinnern und es ihm notfalls erklären. Hörn sie mal, hab ich der Lehrerin gesagt, ich hab noch n Kind, n Mann und nen Job, das reicht mir, da mach ich ihren Job nicht auch noch. Sagt sie doch, das wäre meine Pflicht als Mutter, und Schule und Elternhaus müssten an einem Strang ziehen.

Julia: Ich finde, da hat sie grundsätzlich recht.

Erna: Ja, einverstanden, hab ich ihr auch gesagt, und hab ihr nen Deal angeboten: Gut, sag ich zu ihr, erinnern tu ich ihn. Und dafür, sag ich zur Lehrerin, erinnern Sie ihn daran, dass er nach der Schule einkaufen gehen soll. Und wenn ich meinem Sohn die Hausaufgaben auch noch erklärn soll, sag ich, könnten Sie mit ihm ja kurz noch mal den Einkaufszettel durchgehen, dass er auch alles richtig mitbringt.

Julia: Und, was sagt die Lehrerin dazu?

Erna: Nix, den Kopf hat sie geschüttelt, so was wär ihr noch nie passiert, und ist aufgestanden. Schön, hab ich ihr gesagt, bei der Schulpräsentation hat ihr Schulleiter uns noch versprochen, bei uns kommunizieren Eltern und Schule auf Augenhöhe.

Julia: Und?

Erna: Na ja, da hat sie sich wenigstens wieder hingesetzt.

Julia: Und wie habt ihr euch verständigt?

Erna: Gar nicht, die 10 Minuten waren rum, und die nächsten kamen schon rein.

Julia: Und jetzt?

Erna: Siehst du doch, ich muss abends noch mal los einkaufen und Jan hat seine Hausaufgaben wahrscheinlich trotzdem nicht gemacht. Sei froh, dass dein Kleiner noch so pflegeleicht ist.

Julia: Ja, stell Dir vor, ich bin ganz glücklich, er schläft nachts schon durch.

Erna: Meiner auch, allerdings auch tagsüber in der Schule, sagt die Lehrerin. Vielleicht will sie ja auch noch, dass ich in die Klasse komme und ihn wecke.


AUS DEN LÄNDERN
BADEN-WÜRTTEMBERG
Die Praxis der Gemeinschaftsschule beginnt – und damit beginnen die Probleme.

Am 16.01.12 wurden die 34 Schulen, die im Schuljahr 2012/13 mit dem Projekt Gemeinschaftsschule (GMS) beginnen sollen, bekanntgegeben. Sie haben die erste Stufe des Auswahlverfahrens erreicht. Alle diese Schulen hatten sich aus eigener Initiative gemeldet, wie überhaupt das gesamte Paket der Innovation des Baden-Württembergischen Schulsystems sich auf freiwilliger Basis entfalten soll. Wie weit dieses Prinzip trägt, bleibt abzuwarten. Das Kultusministerium stellt diesen Schulen nun in Aussicht, in einer zweiten Stufe des Auswahlverfahrens als Starterschulen für die neue GMS ausgewählt zu werden. Die Hürden dafür sind allerdings hoch. Einige Stichworte hierzu. Erwartet werden ganz allgemein

- produktiver Umgang mit Heterogenität
- individuelle Förderung und kooperatives Lernen
- hohe Professionalität der Schulleitung
- besondere Schülerleistungen auf unterschiedlichen Gebieten
- Ganztagesbetreuung
- Inklusion
- und aktive Elternarbeit

Und etwas konkreter:

- Die GMS arbeitet in der Sek. I auf der Grundlage der Bildungsstandards von Hauptschule, Realschule und Gymnasium.
- Es unterrichten im Endausbau Lehrer/innen aller Schularten.
- Klassenverbände werden durch heterogene Lerngruppen ersetzt.
- Nichtversetzungen und Klassenwiederholungen im bisherigen Sinne wird es nicht mehr geben.

- Die GMS kann es in verschiedenen Varianten geben: Von Klasse 1 bis 10, 1 bis 12/13 (Langform), von Klasse 5 bis 10 bzw. bis 12/13.
- Alle Schulen und Schularten können sich bewerben.
- Die GMS soll mindestens zweizügig beginnen, Ausnahmen sind möglich.

Soweit erst einmal die theoretischen Vorgaben. Ein Blick auf die Liste der 34 Anwärterschulen zeigt:

„Unter den Schulen sind 16 zwei- und mehrzügig sowie 13 ein- bis zweizügig. Hinzu kommen 5 bislang einzügige Schulen.“ (MKS vom 16.01.12). Betrachtet man die Verteilung dieser Schulen auf die vier Landesteile von BW, so ergibt sich zunächst einmal ein erhebliches Ungleichgewicht. Nordbaden hat nur drei, Nordwürttemberg dagegen 13! Was hat das zu bedeuten? Der genauere Blick zeigt etwas wenig Überraschendes: Den höchsten Anteil an Bewerberschulen haben die ländlichen Räume in den zwei Flächenbezirken Württembergs: 23 Schulen! Nord- und Südbaden bringen es zusammen nur auf deren 11! Es ist offensichtlich, dass die kleinen Landkommunen dem demographischen Wandel Tribut zollen und auf Zusammenlegung von Schularten drängen, um ihre Schulstandorte zu retten. Nahezu alle Anwärterschulen sind kleine, z. T. einzügige, Haupt- und Werkrealschulen. Weder echte Realschulen noch Gymnasien sind dabei. Es gibt lediglich einen Schulverbund in Tübingen, der vierzügig ist und dem ein Gymnasium angegliedert ist. Angesichts dieser Ausgangslage fällt es schwer zu glauben, dass diese Schulen in absehbarer Zeit die oben genannten anspruchsvollen Standards erfüllen können. Die alte Landesregierung hatte schon versucht, die Rettung der Hauptschule mit dem „Trojaner“ der Werkrealschule schmackhaft zu machen. Damals sprach die GEW von Etikettenschwindel. Ist die GMS jetzt vielleicht das grün-rot angestrichene Pendant

dazu? Ich möchte nicht missverstanden werden. Ich weiß, dass das ein heikles Thema ist. Viele dieser kleinen Schulen machen gute Arbeit. Andernfalls wären sie schon nicht in die engere Auswahl der ersten Stufe des Verfahrens gekommen. Das MKS hat natürlich darauf geachtet, dass die Konzepte dieser Schulen schon Ansätze einer modernen, zukunftsweisenden Pädagogik erkennen lassen. Unsere Kultusministerin, Frau Warminski-Leitheußer, hat sie „als kleine geschliffene Diamanten der Pädagogik“ bezeichnet. So weit, so gut. Jetzt kommt das erste Aber:

Die grün-rote Landesregierung hat nicht viel Zeit. Sie muss in den kommenden vier Jahren wenigstens einige sehr gute Gemeinschaftsschulen vorweisen können, die den hohen Qualitätsansprüchen genügen, die sie selbst aufgestellt hat. Geht das mit diesen Schulen? Das größte Problem sehe ich im Anspruch auf die gymnasialen Bildungsstandards. Die erkenne ich bisher fast nirgendwo. Hofft die Regierung, das später nachholen zu können? Prof. Michael Hartmann, Eliteforscher aus Darmstadt, hat auf einem Vortrag für GEW-Kolleg/innen in Stuttgart davor gewarnt, gleich in der Anfangsphase Fehler zu machen, die man später kaum noch korrigieren kann. Am besten sei es, so zeige seine Erfahrung, die harten aber unverzichtbaren Elemente gleich zu Beginn zu installieren. Ein solches Element ist für die Landesfachgruppe Gesamtschule der GEW der Einsatz von Gymnasiallehrkräften von Anfang an. Sie hat daher einen Antrag an die Landesdelegiertenversammlung im April 2012 formuliert, in dem es für die Gemeinschaftsschule heißt: „Der Unterricht wird von Anfang an von Lehrern aller Schularten gehalten“. Dies scheint nicht nur zwingend geboten, weil dadurch die Unterrichtsqualität sich verbessert, sondern auch weil diese Schulart so für „Gymnasialeltern“ attraktiver wird. Die GMS darf auf deren Kinder unter keinen Umständen verzichten. Nun das zweite Aber: Welche/r Gymnasiallehrer/in geht freiwillig nach Wüstenrot, Korb, Ahorn (und wie die kleinen Schulstandorte alle heißen), wenn er an eine Schulart gerät, für die er nicht ausgebildet ist und zudem noch mehr unterrichten muss („Das Deputat für

Lehrkräfte an Gemeinschaftsschulen wurde auf 27 LWS festgelegt“, MKS, 13.12.11)? Über all die anderen Schwierigkeiten wie Inklusion, verbindliche Lehrpläne etc. habe ich hier noch gar nicht angesprochen. Ich möchte aber keinesfalls den Eindruck erwecken, all die interessanten Ansätze dieser kleinen Schulen kritisieren zu wollen. Ganz im Gegenteil. Ich ermuntere alle Lehrer/innen dieses Landes ausdrücklich, die neuen Freiheiten zu nutzen, neue Wege zu beschreiten und sich nicht von der Bürokratie einschüchtern zu lassen (was hoffentlich jetzt weniger zu befürchten ist als noch unter der alten Landesregierung). Mein Vorbehalt wäre allerdings, dass wir nicht unbedingt jede dieser neuen Schulen gleich mit dem Prädikat „Gemeinschaftsschule“ versehen sollten. Dieser Begriff müsste Schulen vorbehalten sein, die mindestens die Standards der alten Gesamtschulen erreichen oder, wenn möglich, sogar übertreffen. Ich halte dies für zwingend notwendig, da die aktuellen Verlierer der letzten Wahl in BW nur auf das Scheitern der Gemeinschaftsschule warten. Und hier kommt es tatsächlich auf genau dieses Wort an, denn die Einrichtung solcher Schulen ist schließlich das erklärte Ziel der Landesregierung in der Schulpolitik. Dieses Ziel auch zu erreichen, sollte unser aller Anliegen sein.

JÜRGEN LEONHARDT

BREMEN

„Mehr Geld für gute Schule“, so lautete das Motto, unter dem das Bremer Bündnis für Schulen (BBB) insgesamt über 12.000 Unterschriften gesammelt hat, die dem Bürgerchaftspräsidenten am 14.12.2011 von Vertretern des Zentralelternbeirats, der Gesamtschülervertretung und der GEW überreicht wurden. Das Bildungsbündnis hat sich seit Sommer – mit Beginn des Schuljahrs 2011/2012 – gegen die Rotstiftspolitik der Bildungsbehörde gewandt und Aktionen unternommen, die gegen die Stundenkürzungen vor allem an den gymnasialen Oberstufen – damit sind auch die Oberstufen der Oberschulen, nicht nur der Gymnasien

gemeint – gerichtet waren. (Siehe die Länderberichte vom 01.09. und 01.12. 2011 im GGG-Journal) Neben der Unterschriftensammlung hat am 15.11.2011 eine machtvolle Demonstration stattgefunden, an der ca. 5.000 Schüler/Studenten/Beschäftigte und Eltern aus Schulen und Kindertagesstätten teilnahmen. Diese weitere zentrale Aktion hatte das Ziel, dass sich alle an Bildung beteiligten Gruppen nachhaltig zu Wort melden wollten. Kritisiert wird vor allem die undurchschaubare Finanzplanung für die Vorhaben Oberschulen / Inklusion, die Mittel hin- und herschiebt, verbunden mit Stundenkürzungen im Oberstufen- und Grundschulbereich. Diese Aktion rief die Fraktionen der Bürgerschaft auf den Plan, die nun genau wissen wollten, wie die gekürzten Stunden verwendet worden sind: „Wo sind Stunden gekürzt worden? Wo wurden sie zusätzlich eingesetzt? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Betroffenen? Wie geht der Senat mit den Protesten der Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern um?“ Antworten zu der Umverteilung der Stunden mitzuteilen, sah sich die Behörde nicht in der Lage, wie die Sprecherin der Senatorin zugeben musste (Weser-Kurier vom 08.01. 2012). Die durchaus ambitionierten Reformziele der Behörde scheinen den vor Ort Betroffenen aufgrund der fehlenden Mittel nicht umsetzbar zu sein. Die Transparenz der Prozesse seitens der Behörde werde seit dem letzten Sommer vermisst, beklagt die Vorsitzende des ZEB. Die Senatorin führe die Diskussion kurz angebunden, konfrontativ statt im Dialog und ohne öffentliche Beteiligung. Dadurch sei ein Stück Vertrauen in die Bildungspolitik verloren gegangen. Der Protest wird weitergehen, da sich die nächsten Kürzungen schon ankündigen: Stunden für Schulentwicklung in den Oberschulen sollen gestrichen werden. Ein mit Augenmaß und vorbereitender Beratung gestützter Reformprozess, von kooperativer Transparenz den bildungspolitischen Partnern gegenüber begleitet, sieht anders aus. Wir (GGG // GEW//ZEB//GSV) hoffen, dass eine konstruktive Zusammenarbeit in nächster Zeit mit der Behörde möglich wird.

KARLHEINZ KOKE

NIEDERSACHSEN

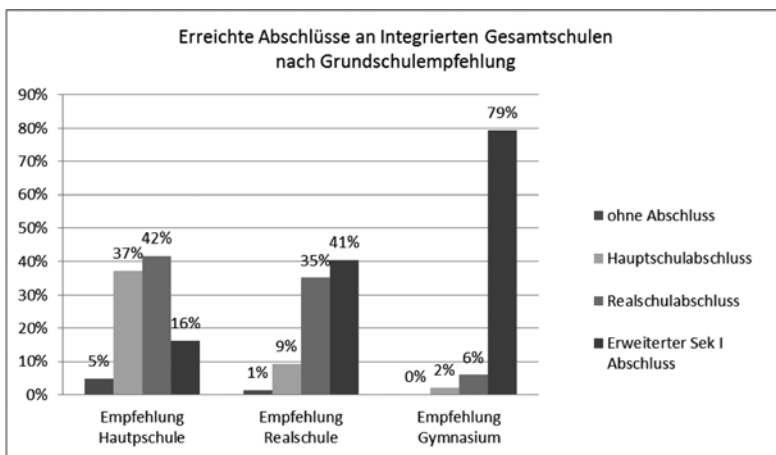
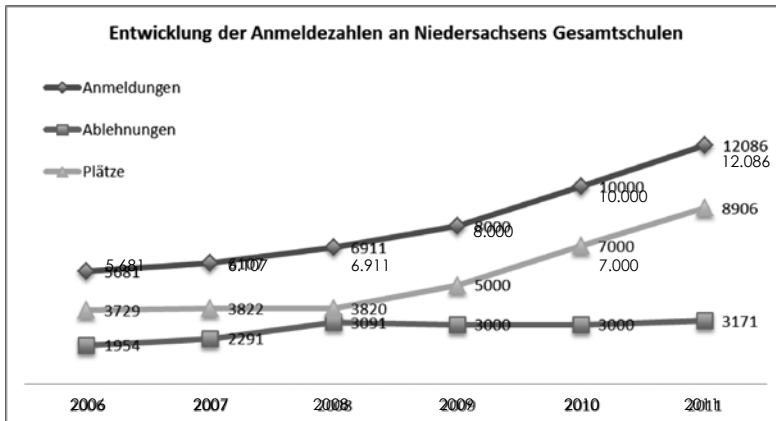
Gesamtschulen weiter auf Erfolgskurs

Waren es vor wenigen Jahren knapp 60 Integrierte und Kooperative Gesamtschulen im Niedersachsen, hat sich die Zahl der Gesamtschulen bis 2011 auf insgesamt 101 erhöht. In diesen Schulen werden zurzeit rund 85.000 Schüler/inne unterrichtet. Die Grafik zeigt die Zunahme der Anmeldungen an den Gesamtschulen in Niedersachsen. Obwohl im Vergleich zum Jahr 2008 nun mehr als doppelt so viele Plätze an Gesamtschulen zur Verfügung stehen, hat die Nachfrage gleichzeitig so zugenommen, dass nach wie vor über 3.000 Kinder nicht den gewünschten Gesamtschulplatz erhalten konnten.

Der Landesverband begrüßt alle Initiativen für weitere Gesamtschulgründungen! Der Landesvorstand bietet – wie in den Vorjahren – Unterstützung und Beratung an.

Gemeinsames Lernen fördert die Leistung

Im Herbst 2011 hat die GGG wie im Vorjahr erhoben, wie die Abschlüsse nach der Sekundarstufe I, also nach dem 10. Schuljahr in den Integrierten Gesamtschulen ausgefallen sind. Die Schulen haben für ihre Schüler den erreichten Schulabschluss nach sechs Jahren gemeinsamer Schulzeit in der IGS ins Verhältnis zur Prognose der Grundschule nach der 4. Klasse gesetzt. Die Ergebnisse ähneln denen des Vorjahrs stark und liefern uns wichtige Erkenntnisse darüber, was „am Ende herauskommt“, wenn Kinder nicht im Alter von 10 Jahren in 3 Schulformen auseinandersortiert werden. Über die Hälfte der Kinder mit Hauptschulempfehlung erreichten danach im Landesdurchschnitt einen Realschulabschluss oder den Erweiterten Sekundarabschluss; über 40 % der Kinder, denen nach der Grundschule der Besuch einer Realschule empfohlen wurde, erreichten den erweiterten Sekundarabschluss I und wurden



in die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe versetzt.

Eindrucksvoll belegen diese Zahlen wieder einmal die erfolgreiche Arbeit der Gesamtschulen und widerlegen das Märchen von der „Kuschelpädagogik“. Gemeinsames Lernen ohne Angst vor Abschlüssen, Sitzenbleiben und Versagen hat in der Tat nicht nur kompensatorische Effekte – es fördert auch ganz erheblich die Leistungsentwicklung.

SUSANNE PAVLIDIS

NRW

Aufbruchstimmung in Morsbach

Gemeinde feiert Halbzeit im ersten Jahr der Gemeinschaftsschule

Der Aktionstag am Ende des ersten Halbjahrs der neuen Gemeinschaftsschule ist ein

Festtag der ganzen Gemeinde. Ein starkes Orchester Morsbacher Musikvereine eröffnet mitreißend in der neuen, überfüllten Mehrzweckhalle die Veranstaltung. Bürgermeister Jörg Bukowski begrüßt Kinder der Gemeinschaftsschule, der beiden Grundschulen, deren Eltern, das an diesem Samstag stark eingespannte Kollegium der neuen Schule, die Schulaufsicht aus Gummersbach und Köln sowie viele andere Gäste, insbesondere die Partner der neuen Schule. Er ist sichtlich begeistert. Mit den regionalen Partnern – der Volksbank Oberberg, der Musikschule Morsbach, den Behindertenwerkstätten Oberberg (die auch die Mensa bewirtschaften), der örtlichen Tanzschule – werden im Rahmen von *KURS* (Kooperationsnetz Unternehmen der Region und Schulen) feierlich Kooperationsvereinbarungen ratifiziert. Außerdem wird ein Vertrag mit dem Verein *Outdoor Oberberg* unterzeichnet, der sich als verlässlicher Partner im Bereich von Sport und Sozialkompetenz anbietet. Die Vertreter/innen der

Schulaufsicht äußern, dass die ungewöhnlich starke regionale Unterstützung für eine Schule, die erst wenige Monate existiert, einmalig sei. Ein vielfältiges Bühnenprogramm, von Schüler/innen produzierte Videos über den Unterricht in verschiedenen Profilgruppen, eine Führung durch die Schule und viele andere Vorführungen vervollständigen das Programm des Aktionstages. Während der Mittagspause gelingt es mir, den ständig aktiven kommissarischen Schulleiter Jürgen Greis für ein kurzes Gespräch in seinem Zimmer zu gewinnen. Er geht bereitwillig auf viele Fragen nach Problemen ein. Er berichtet von guter Zusammenarbeit mit den beiden auslaufenden Systemen (einer Realschule und einer Hauptschule) und mit der benachbarten Gesamtschule in Reichshof, von der Unterstützung durch Gemeindeverwaltung und Schulaufsicht, aber auch von Widerständen und Gegnern der Schulreform. Bei dem auch in Morsbach spürbaren Geburtenrückgang wird die Gemeinschaftsschule ihre Vierzügigkeit nur halten können, wenn sie auch für Familien aus Nachbargemeinden attraktiv bleibt. Jürgen Greis ist zuversichtlich. Schon jetzt kommen z. B. Kinder aus Reichshof (die Gesamtschule Reichshof verzeichnet bei den Anmeldungen starke Überhänge) und sogar aus benachbarten Orten in Rheinland-Pfalz. Die wichtigsten „Werbeträger“ sind die Eltern der 96 Kinder, die jetzt die Schule in den vier Klassen im 5. Schuljahr besuchen. Auf meine Frage nach einer Vernetzung mit weiteren Schulen berichtet er von anregenden Treffen der zwölf am Schulversuch beteiligten Gemeinschaftsschulen in Nordrhein-Westfalen und von Konferenzen mit anderen integrierten Schulen im Regierungsbezirk Köln. Die Gemeinschaftsschule Morsbach ist im Juli 2011 (d. h. bereits vor ihrem Start!) korporatives Mitglied der GGG geworden. Auf die Frage, in welchen Bereichen er sich Unterstützung durch die GGG wünscht, nennt Jürgen Greis an erster Stelle Fortbildung, vor allem schulinterne Fortbildung. Darüber hinaus sei er dankbar für Beratung und Information, wenn es um Aufbau und Stabilisierung der Schule gehe. Dieser Schule ist zu wünschen, dass sie ihre Ziele erreicht.

JÜRGEN THEIS

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Inzwischen gibt es in Schleswig-Holstein 134 Gemeinschaftsschulen, davon haben 25 eine gemeinsame Oberstufe. Die Größe der Schulen schwankt zwischen 6–7-Zügigkeit und knapper 3-Zügigkeit. Die Regionalschulen haben bis auf wenige Ausnahmen große Schwierigkeiten, Schüler/innen zu bekommen, um die Mindestzahlen zu erreichen. Ihre Zukunft ist ungewiss. Nach dem erwarteten Regierungswechsel werden diese wohl Gemeinschaftsschulen werden. Dabei wird das Konstrukt Gymnasium mit angegliederter Regionalschule ein besonderes Problem werden. Nachdem einige Gemeinschaftsschulen beschlossen hatten, abschlussbezogene Klassen einzurichten, sah sich das Ministerium gezwungen (schweren Herzens wahrscheinlich), die Rechtslage klarzustellen.

Hier der Erlass:

Die Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände an Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein gemäß §§ 43 i. V. m. 63 SchulG stellt eine Änderung des pädagogischen Konzeptes dar, die das MBK zu genehmigen hat. Dabei sind folgende Verfahrenshinweise zu beachten:

Über die Änderung des pädagogischen Konzeptes entscheidet die Schulkonferenz. Der von ihr zu fassende Beschluss bedarf erstens der Mehrheit ihrer stimmberechtigten Mitglieder und zweitens auch der Mehrzahl der gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Lehrkräfte.

Die Schulleiterin oder der Schulleiter leitet diesen Beschluss und die dazu erforderlichen Unterlagen unverzüglich dem Schulträger zu und bittet diesen um Stellungnahme binnen 4 Wochen. Zeitgleich sind das MBK und die untere Schulaufsicht zu informieren.

Nach Vorliegen der Stellungnahme des Schulträgers informiert die Schulleiterin oder der Schulleiter die Mitglieder der Schulkonferenz über deren Inhalt und leitet die Stellungnahme im Original zusammen mit dem Antrag auf Genehmigung der Änderung des pädagogischen Konzeptes auf dem Dienstweg an das

MBK (eine Kopie des Gesamtvorganges sollte in der Schule verbleiben).

Über den Antrag auf Genehmigung der Änderung des pädagogischen Konzeptes und damit über die Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände entscheidet das MBK.

Genehmigt das MBK die Änderung des pädagogischen Konzeptes, so kann die Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände grundsätzlich nur mit Wirkung für die Zukunft erfolgen, d. h. die Änderung des pädagogischen Konzeptes und damit die Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände betrifft grundsätzlich nur die Schülerinnen und Schüler, die ab dem Schuljahr 2012/13 in die Gemeinschaftsschule aufgenommen werden bzw. – bei organisatorischen Verbindungen mit einem Grundschulteil – in den Gemeinschaftsschulteil überwechseln (Bestandsschutz). Für die bestehenden Jahrgänge gilt das bisherige pädagogische Konzept unverändert fort. Ausnahmen hiervon werden in Ziffer 7 geregelt.

Die Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände in den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist nicht zulässig.

Hat die Schule die Absicht, zum neuen Schuljahr (d. h. ab 01.08.2012) abschlussbezogene Klassenverbände ab Jahrgangsstufe 7 einzurichten, so hat sie zuvor alle betroffenen Eltern eines Jahrgangs schriftlich zu befragen und kann

a) die ausnahmslose Einrichtung abschlussbezogener Klassenverbände nach dem neuen pädagogischen Konzept für die an der Schule befindlichen Schülerinnen und Schüler nur dann vornehmen, wenn alle Eltern des jeweils betroffenen Jahrgangs zustimmen, oder

b) in einem Jahrgang parallel neben der Fortführung des bisherigen pädagogischen Konzeptes auch abschlussbezogene Klassenverbände einrichten, wenn dafür so viele Eltern ihre Zustimmung erteilt haben, dass dabei eine ressourcenneutrale effektive Klassenbildung bis zum Erreichen der Abschlussklassen gewährleistet werden kann. Die Schule hat in jedem Fall sicherzustellen, dass Schülerinnen und Schüler, die vor der Änderung des pädagogischen Konzeptes in einen der bestehenden Jahrgänge aufgenommen worden sind, auf Wunsch ihrer Eltern auch weiterhin ein entsprechendes Unterrichtsangebot erhalten.

Ein weiteres großes Problem war die Einrichtung der Wahlpflichtfächer. Viele Schulen konnten oder wollten nicht die bewährte Praxis der Gesamtschulen übernehmen (2. Fremdsprache Französisch, Spanisch, Latein, dazu Technik, Wirtschaft und Gestalten). Deswegen entstanden teilweise abenteuerliche hausgemachte Fachcurricula, die in vielen Fällen den Ansprüchen, die an diesen Wahlpflichtunterricht zu stellen sind, nicht genügen. Ein aufwendiges und langwieriges Prüfungsverfahren, viele Stunden Arbeit der Kolleg/innen und ein wenig zufriedenstellendes Ergebnis. Nach zwei Jahren kam dann ein klärendes Papier, in dem die alte Praxis der Gesamtschulen quasi als Maßstab genommen werden soll. (Basis: ein genehmigter Lehrplan.) Bisher genehmigte Curricula bleiben in Kraft. Auch hier ein ziemliches Desaster.

Größte Probleme bereiten den Schulen Leistungsmessungen und die Rückmeldungen dazu (Zeugnisordnung bzw. die FAQs dazu sind katastrophal) und die praktische Umsetzung der Individualisierung. Insgesamt ist aber bei vielen das ernsthafte Bemühen um Veränderungen zu beobachten. Die Situation der Schulen ohne Oberstufen bzw. die Einrichtung der Oberstufen wird in naher Zukunft eine spannende Frage werden. Es gibt dabei unterschiedliche Auffassungen zwischen Grünen und SPD. Die SPD sieht die Möglichkeit, an weiteren ca. 30 Gemeinschaftsschulen Oberstufen einzurichten, die GRÜNEN favorisieren eher Oberstufenzentren.

Im November 2011 fand in Bad Oldesloe eine Veranstaltung mit Alfred Hinz (ehemaliger Leiter der Bodenseeschule) statt, die ausgesprochen gut besucht war (ca. 200 Teilnehmer). Diese Veranstaltung war organisiert worden von SINUS, gemeinsam mit dem IQSH (Lehrerbildungsstätte Schleswig-Holstein) und der GGG. Der Erfolg hat dazu geführt, dass wir (die drei Veranstalter) übereingekommen sind, weitere „Pädagogische Gespräche“ durchzuführen. Das letzte Gespräch fand am 02.02.2012 ebenfalls in Bad Oldesloe statt. Zwei weite-

re sind für 2012 in anderen Orten geplant. Damit soll sich eine feste Veranstaltungsreihe etablieren, die von SINUS, IQSH und GGG gemeinsam finanziert wird.

Der Landesvorstand ist übereingekommen, seine Arbeit im Landesverband zu intensivieren. Erste Schritte dazu sind die Herausgabe eines Mitgliederinformationsblattes und Ge-

spräche des Vorstandes in Schulen. Dabei soll mit der Schulleitung und anderen Lehrkräften und Eltern auch aus anderen nahegelegenen Schulen gesprochen werden. Wir erhoffen uns dadurch, dem Mitgliederschwund zu begegnen. Der Landesverband hat zwar weitere Schulen als Mitglieder gewinnen können, verliert aber Einzelmitglieder.

KLAUS MANGOLD

HA und BV beschließen, dass der WEB-Auftritt der Gesamtschulstiftung unter dem Dach der GGG-Homepage zum 31.12.2011 abgeschaltet wird.

Auf der Basis dieser klaren organisatorischen Regelungen hält die GGG eine Kooperation mit der Gesamtschulstiftung für wichtig, um gemeinsame Zielsetzungen im Sinne einer Schule für alle zu verfolgen.

Die Vertreter/innen der Gesamtschulstiftung haben diesen Beschluss begrüßt und die Umsetzung aller die Stiftung betreffenden Punkte zugesagt.

GGG | INTERN

Bericht aus dem Hauptausschuss

(elh) Der Hauptausschuss (HA) beschäftigte sich auf seiner Sitzung im November 2011 ausführlich mit dem Verhältnis der GGG zur Gesamtschulstiftung. Anlass war, dass die Stiftung in „persönlichen“ Briefen versucht hat, Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen, ohne ihre Position vorher mit den jeweiligen Landesvorständen abzustimmen. Dies hat zu Irritationen bei den Landesverbänden gesorgt. Der Bundesvorstand (BV) war vom HA deshalb beauftragt worden, zur Klärung ein Gespräch mit der Stiftung zu suchen, die Stiftung hat ein vereinbartes Gespräch abgesetzt; sie sei informiert, alles Weitere könne schriftlich erfolgen. Sich vor Aktivitäten mit den Gliederungen der GGG abzustimmen, wurde vonseiten der Stiftung als Einschränkung ihrer Aktionsmöglichkeiten abgelehnt. Nach ausführlicher Diskussion wurde folgender Beschluss gefasst:

HA und BV stellen fest, dass sich die Gesamtschulstiftung in der politischen Öffentlichkeit mit eigenständigen Stellungnahmen positioniert. Dieser Anspruch schließt eine organisatorische Verbindung mit der GGG aus.

In der Vergangenheit hat das eigenständige Auftreten der Stiftung unter dem Dach der GGG zu Irritationen in der bildungspolitischen Öffentlichkeit geführt. HA und BV halten auch deshalb die organisatorische Trennung von Gesamtschulstiftung und GGG für notwendig.

Deshalb erwarten HA und BV von der Stiftung, dass sie den Zusatz „Stiftung in der GGG“ aus allen öffentlichen Verlautbarungen (z. B. Internet) und ihrer Satzung entfernt.

HA und BV beschließen, dass die der GGG satzungsgemäß zugedachten Sitze im Vorstand und im Kuratorium der Stiftung ab sofort nicht mehr wahrgenommen werden.

Die **Berichte aus den Ländern** standen unter den Schwerpunkten *Schulstruktur-Entwicklung, Zweigliedrigkeit, „Schulfrieden“vereinbarungen sowie Aktivitäten / Organisationsgrad der GGG* und sind im Folgenden in Kurzform zusammengefasst (Auszug aus dem HA-Protokoll):

Berlin:

Die LINKE ist aus der Regierung ausgeschieden, es läuft auf eine große Koalition hinaus, für die Schulpolitik bedeutet dies eine Stärkung der Gymnasien; Gemeinschaftsschulen bleiben erhalten und können neu gegründet werden, daneben gibt es Gymnasien und Integrierte Sekundarschulen.

Inklusion wird umgesetzt.

Im Vorstand der GGG arbeiten neue – junge – Kolleg/innen mit, eine interessante Kooperation mit der Fachgruppe Gymnasien der GEW ist entstanden. Forderung: Kein Abschulen und kein Sitzenbleiben.



BV und HA im November 2011 in Göttingen

Bremen:

Zweigliedrigkeit ist festgelegt, Inklusion wird umgesetzt: Förderzentren werden aufgelöst. Der Schulfrieden ist gestört, Schüler/innen, Eltern und Lehrer/innen (Bremer Bündnis für Bildung, getragen von Oberstufenschüler/innen) führen zahlreiche Aktivitäten durch, Ziel: mehr Mittel, neue Lehrerstellen. Aktivitäten der GGG: Zusammenarbeit mit der GEW, 2-3 Vorträge pro Jahr, 2-3 Workshops pro Jahr, einen Oberschul-Tag. Ungefähr 20 % eines Jahrgangs gehen ins Gymnasium, 80 % besuchen die Oberschule. Neben 8 Gymnasien gibt es ca. 30 Oberschulen.

Problem für die GGG: Es gibt keine Gesamtschulen mehr, daher fällt Mitgliederwerbung schwer.

Bremerhaven:

Hier wird gefordert, dass auch die Kolleg/innen im einzigen Gymnasium der Stadt für die Inklusion fortgebildet werden.

Hamburg:

Es ergibt sich folgende Struktur: Gymnasium mit 25 Kinder pro Klasse (55 % Anwahl) und Stadtteilschulen 23 Kinder pro Klasse, in die GES und Haupt-Realschulen umgewandelt werden, alle Schulen sollen eine Oberstufe haben, alle sollen als Ganztagschulen arbeiten.

Ab Klasse 7 darf nicht mehr abgeschult werden. D.h. 1/3 aller Gymnasialschüler werden nach 6 abgeschult.

Bisheriges Anmeldeverfahren an Gesamtschulen: 45 % der Kinder durften nach besonderen Kriterien (Geschwisterkind, Leistungsfähigkeit) aufgenommen werden. Inklusion ist in der Umsetzung problematisch.

Hessen:

Im Schulgesetz ist die Mittelschule verankert; sie verbindet Haupt- und Realschule. Umwandlungen zu IGS werden erschwert, es wird keine neuen KGS geben, der Ansturm auf IGS besteht weiter.

Inklusion steht im Gesetz, aber die Umsetzung bleibt unklar. Eine Tendenz der Schu-

len, in der Klasse zwei (statt drei) Lerngruppen auszuweisen und diese in der Klasse zu belassen, ist erkennbar.

Niedersachsen:

Die Oberschule, eine Zusammenführung von Haupt- und Realschule, ist eingeführt. 132 Oberschulen haben ihre Arbeit aufgenommen, 118 davon waren bereits verbundene Haupt- und Realschulen. Die Gründungszahl – 48 Schüler/innen – bedeutet Zweizügigkeit. 17 Oberschulen haben einen gymnasialen Zweig, dürfen aber keine eigenen Oberstufen führen.

Kooperative Gesamtschulen dürfen nicht mehr neu gegründet werden, IGS können neu gegründet werden, Hürde ist die erzwungene 5-Zügigkeit, d.h. 120 Schüler/innen.

Das Jubiläum „40 Jahre Gesamtschulen“ wurde mit über 300 Anwesenden entsprechend gefeiert.

Spannend bleibt die Frage, wie die einzelnen Schulen mit der äußeren Fachleistungsdifferenzierung umgehen werden.

NRW:

Nach dem Schulkompromiss gibt es eine Verfassungsänderung: Sowohl integriertes als auch gegliedertes Schulsystem stehen in der Verfassung, es gibt jetzt:

Gesamtschulen, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule; es gibt zahlreiche Gesamtschulneugründungen.

Saarland:

Die Zweigliedrigkeit ist vollzogen, ab dem nächsten Schuljahr gibt es neben dem Gymnasium die Gemeinschaftsschule. Der Landesvorstand wird in einer Klausur beraten und entscheiden, welche Aufgaben bei der Schulentwicklung der neuen Gemeinschaftsschulen haben wird und wie er sie realisiert. Das Ziel, eine Schule für alle Kinder zu schaffen, bleibt. Deshalb wird er auch die Schulversuche zur Inklusion beobachten und immer wieder anmahnen, dass der Inklusionsauftrag von allen Schulformen zu erfüllen ist. ♦

TERMINE

03.03.2012

GGG-Hessen
Gesamtschultag Thema „Inklusion“
Frankfurt, IGS Nordend

06.03.2012

GGG-NRW
Fachtagung „Neue Wege für Schulen in NRW“ in Kooperation mit dem GSV
Minden-Dankersen

16. bis 17.03.2012

Bundesvorstand und Hauptausschuss
Göttingen

17.04.2012

BAG Zukunft
Hannover

11.05.2012

GGG-HH
GGG-Fachtag
Hamburg

15. bis 16.06.2012

Bundesvorstand
Hamburg

07. bis 08.09.2012

Bundesvorstand und Hauptausschuss
Göttingen

16.10.2012

GGG-Niedersachsen
Fachtagung/Mitgliederversammlung

23. bis 24.11.2012

Bundesarbeitstagung
„Kompetenzorientiert lernen“
Wiesbaden, IGS Kastellstraße

Wir gratulieren und danken für 40 Jahre GGG-Mitgliedschaft:

Werner Ihnen (Eintritt 25.04.1972)

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Jürgen Minz 11.03.1937
Ingrid Stark 05.05.1937

KOMMENTAR



Prozentrechnung

Über jede positive Entwicklung zugunsten Benachteiligter in unserem Land kann man sich nur freuen – viel Freude hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen über den Rückgang der Kinderarmut verkündet und lässt uns laut dpa-Meldung vom 26.01.2012 an daran teilhaben, wenn wir ihr denn glauben.

Worum geht es?

Nach einer Statistik der Bundesanstalt für Arbeit sank die Zahl der unter 15-Jährigen, die Hartz-IV-Leistungen bekommen, zwischen September 2006 und September 2011 von 1,9 Millionen um 257.000 auf rund 1,643 Millionen. Das mache bei Anwendung der Prozentformel $p = P/G \cdot 100$ leicht nachrechenbar (257.000 durch 1.900.000 mal 100) eben jene 13,53% Rückgang, die dank der Reformen am Arbeitsmarkt dieser Bundesregierung als Erfolg zu verbuchen seien, so die Ministerin.

Setzt man diese Art von Berechnungen und willkürlichen Interpretationen fort – 13,53% in 5 Jahren – dann könnte die Regierung in 36,96 Jahren, also im Jahre 2049 endlich den Rückgang um 100% erreicht haben. Kein Kind lebte dann in Deutschland mehr in Armut. Auch solche Folgerungen sind unzulässig, denn die Fakten sehen anders aus.

Wenn im Jahr 2006 1,9 Millionen Kinder in Armut lebten, und es 2011 „nur“ noch 1,643 Millionen waren, hängt das mit dem

Rückgang der Bevölkerungszahl in dieser Altersstufe zusammen. Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes erklärt dazu: „Seit dem Jahr 2006 gibt es fast 750.000 Kinder unter 15 Jahren weniger in unserem Land. Wenn es also immer weniger Kinder gibt, so ist es keine Überraschung, dass in absoluten Zahlen betrachtet auch immer weniger Kinder von Sozialleistungen leben.“

Leider wächst die Armut in Deutschland. In einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) heißt es, dass 14% der Bevölkerung armutsgefährdet seien. Das ist ein Drittel mehr als noch vor zehn Jahren. Der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte zeigte sich in seinem jüngsten Staatenbericht „tief besorgt“ über die Sozialpolitik in Deutschland: Kinderarmut ist ein wesentlicher Kritikpunkt. Einer der massivsten Vorwürfe der UNO lautet, dass jeder vierte Schüler in Deutschland ohne Frühstück zur Schule gehe – die Vereinten Nationen fordern die Bundesregierung deshalb zu „konkreten Maßnahmen“ auf, damit „Kinder, besonders aus armen Familien, richtige Mahlzeiten erhalten“.

Die Ansätze und Vorhaben, Kinderbetreuung in Krippen und Horten mit öffentlichen Mitteln ausreichend zu fördern und die Einrichtung von gebundenen Ganztagschulen zu forcieren, setzen Zeichen, gehen aber nur schleppend voran.

Ein Hindernis ist sicherlich auch das seit 2006 im Grundgesetz verankerte Kooperationsverbot, das die organisatorische und finanzielle Zusammenarbeit von Bund und Ländern nicht zulässt. Würde dieses Verbot gelockert oder gar aufgehoben, ließen sich Kräfte und Mittel bündeln, um konstruktive Beiträge zur Verbesserung bei der Betreuung und damit der Lebensbedingungen von Kindern zu erreichen.

Eine weitere politische Fehlentscheidung, Betreuungsgeld an die Eltern zu zahlen, die keinen Krippenplatz in Anspruch nehmen, sollte unverzüglich zurückgenommen und die Mittel für eine angemessene personelle und materielle Ausstattung der Kinderbetreuungseinrichtungen verwendet werden. Laut *Der Spiegel* 6-2012 regt sich sogar in der CSU schon Widerstand gegen das geplante Betreuungsgeld. Die frühere bayerische Kultusministerin Monika Hohlmeier, jetzt Europa-Abgeordnete, fände es gut, „wenn die Kinder so früh wie möglich zusätzliche Förderung und Betreuung von öffentlicher Seite bekommen“.

Wenn diese Ansätze sich durchsetzen ließen, ein konstruktiver Erkenntnisaustausch zwischen Hohlmeier und von der Leyen (den Töchtern zweier einst bedeutender Ministerpräsidenten) zustandekäme und in praktische Politik umgesetzt würde, käme Deutschland vielleicht sogar dem Ziel einer Reduzierung der Kinderarmut um 100% – d.h. ihre Überwindung – näher.

WOLFGANG VOGEL